

September 2016

# Bankenbarometer 2016

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

# Bankenbarometer 2016

## Inhalt

---

<b>Executive Summary</b>	<b>3</b>
<hr/>	
<b>1 Der Schweizer Bankensektor</b>	<b>6</b>
1.1 Entwicklungen im Jahr 2015	8
1.2 Entwicklungen im Jahr 2016	12
<hr/>	
<b>2 Geschäftserfolg der Banken</b>	<b>15</b>
2.1 Entwicklungen im Jahr 2015	15
2.2 Entwicklungen im Jahr 2016	17
<hr/>	
<b>3 Bilanzgeschäft</b>	<b>19</b>
3.1 Entwicklungen im Jahr 2015	19
3.1.1 Entwicklung der Bilanzen	19
3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts	23
3.2 Entwicklungen im Jahr 2016	25
<hr/>	
<b>4 Vermögensverwaltung</b>	<b>27</b>
4.1 Entwicklungen im Jahr 2015	28
4.2 Entwicklungen im Jahr 2016	31
<hr/>	
<b>5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz</b>	<b>33</b>
5.1 Entwicklungen im Jahr 2015	33
5.2 Entwicklungen im Jahr 2016	35
<hr/>	
<b>6 Literaturverzeichnis</b>	<b>37</b>
<hr/>	

# Executive Summary

Steigende Regulierungskosten, sinkende Margen, preissensible Kunden, Tiefzinsphase, Entlassungen und Konkurrenz durch Fintech, dazu kommen die Aufarbeitung des Brexits und ein getrübt wirtschaflicher Ausblick in der EU und in Asien.

Die Banken nehmen die Herausforderungen an und es gelingt ihnen, sich in einem unsicheren Umfeld gut zu behaupten. Die Banken sind ungebrochen ein bedeutender Wirtschaftssektor. Mit rund sechs Prozent trägt der Bankensektor einen wichtigen Anteil zur Gesamtwertschöpfung der Schweizer Volkswirtschaft bei.

Die genannten Herausforderungen manifestieren sich in der Zahl der aktiven Banken in der Schweiz. Im Jahr 2015 reduzierte sich die Anzahl von 275 auf 266. Vom Rückgang waren insbesondere die ausländisch beherrschten Banken betroffen, gefolgt von den Börsenbanken und den Filialen ausländischer Banken. Dies zeigt, dass sich auch im Jahr 2015 der Strukturwandel im Bankensektor fortsetzte. Weiter sinkende Zinsmargen und die fortschreitende Digitalisierung der Finanzbranche werden in den kommenden Jahren die strukturelle Neuordnung im Bankensektor vorantreiben. Die hohe Regulierungsdichte und damit einhergehende Compliance-Kosten lasten schwer auf den Banken und beeinträchtigen die Position der Schweiz im internationalen Standortwettbewerb.

Als internationales Finanzzentrum ist der Schweizer Finanzplatz auf verlässliche und stabile nationale und internationale Rahmenbedingungen angewiesen. Die Schweiz setzt internationale Standards um, so etwa auch den Automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen (AIA). Die Schweiz und die EU haben im letzten Jahr den von der OECD erarbeiteten globalen Standard zum AIA unterzeichnet. National- und Ständerat haben dem Bundesgesetz über den AIA zugestimmt. Damit wird die Schweiz Anfang 2018 mit dem gegenseitigen Austausch von Daten für das Jahr 2017 beginnen.

Des Weiteren bereinigen die Banken in der Schweiz ihre Vergangenheit. Im US-Steuerstreit konnten alle Banken der Kategorie 2 einen Abschluss finden, wohingegen die Verfahren gegen die sogenannten Kategorie-1-Banken noch weiterlaufen. Die Banken in der Schweiz hoffen, dass das US-Justizministerium auch diese Fälle zeitnah abschliesst.

Als internationales Finanzzentrum ist die Schweiz auf Marktzugang zu ausländischen Kunden angewiesen. Dazu führt die Schweiz bilaterale Gespräche mit wichtigen Partnerländern. Mit der deutschen Finanzmarktaufsicht BaFin konnten im Juli 2015 letzte Klärungen des 2013 zwischen den Finanzministerien der Schweiz und Deutschlands getroffenen Memorandums zur grenzüberschreitenden Erbringung von Finanzdienstleistungen abgeschlossen werden, sodass hiesige Banken Finanzdienstleistungen in Deutschland aus der Schweiz heraus anbieten können. Mit anderen EU-Ländern dauern die Gespräche an. Neben den bilateralen Gesprächen mit einzelnen Mitgliedsländern ist die Schweiz bemüht, mit der gesamten EU Verbesserungen im Marktzugang zu erreichen.

Eine wichtige Voraussetzung für einen verbesserten Marktzugang ist namentlich die Äquivalenz der Gesetzgebungen. Die Schweiz als EU-Drittland muss daher punktuell EU-Recht übernehmen. Trotzdem kann die Schweiz ihre nationalen Besonderheiten beibehalten. Ein Beispiel dafür ist die Überarbeitung des Schweizer Finanzmarktrechts. Im Januar 2016 ist das Finanzmarktinfrastukturgesetz (FinfraG), welches die Organisation und den Betrieb von Finanzmarktinfrastrukturen sowie Verhaltenspflichten im Effekten- und Derivatehandel regelt, in Kraft getreten. Bereits 2015 hatte der Bundesrat für das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) die Botschaft an das Parlament verabschiedet. Die Gesetze sollen den Kundenschutz und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes sicherstellen und gleichen das Schweizer Finanzmarktrecht dort wo nötig und sinnvoll dem EU-Recht an. Mit dem Inkrafttreten ist nicht vor 2018 zu rechnen.

Die Internationalität des Finanzplatzes Schweiz spiegelt sich auch in der kürzlich erfolgten Niederlassung einer chinesischen Bank in der Schweiz wider. Die China Construction Bank (CCB) erhielt als erste chinesische Bank im Herbst 2015 eine Schweizer Banklizenz. Im Januar 2016 hat sie ihre erste Filiale in Zürich eröffnet. Seit 2012 hat die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) zusammen mit weiteren Akteuren auf die Etablierung eines Renminbi-Hubs hingearbeitet. Bereits seit 2015 können Schweizer Finanzinstitute direkte Investitionen in China tätigen und direkt zwischen dem Schweizer Franken und dem Chinesischen Renminbi handeln.

Im Inland wurde die Situation der Banken 2015 massgeblich durch das Negativzinsumfeld geprägt. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 15. Januar 2015 die Wechselkursuntergrenze von CHF 1,20 pro Euro aufgehoben. Gleichzeitig legte sie die Negativzinsen, welche Banken auf Sichtguthaben bei der SNB, die einen festgesetzten Freibetrag übersteigen, entrichten müssen, auf -0,75 Prozent fest. Bis auf eine Ausnahme haben Banken bis zum jetzigen Zeitpunkt ihren Privatkunden diese Negativzinsen nicht weiter verrechnet.

Im Jahr 2016 hat die Zustimmung des Britischen Stimmvolks zu einem Austritt aus der EU («Brexit») für viel Verunsicherung gesorgt. Es kam zu kurzfristigen Auswirkungen wie einem unmittelbaren Börseneinbruch sowie der Abwertung des Pfunds und zu Unsicherheiten an den Finanzmärkten. Für den Schweizer Bankenplatz insgesamt sind die Folgen bisher noch unklar. Positive Impulse sind eher nicht zu erwarten.

Dem herausfordernden nationalen und internationalen Umfeld zum Trotz stehen die Banken in der Schweiz solide da. Die Banken in der Schweiz steigerten ihren Geschäftserfolg im Jahr 2015 um fünf Prozent auf CHF 64,6 Mrd. Der aggregierte Geschäftserfolg setzt sich aus den Erfolgen aus Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft konnte 2015 trotz anhaltend tiefem Zinsniveau weiter gesteigert werden und trug zum ersten Mal in den letzten zehn Jahren den grössten Anteil zum Geschäftserfolg bei. Der Bruttogewinn der Banken nahm gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent ab. Die Ertrags- und Gewinnsteuern sind von CHF 2,6 Mrd. auf CHF 2,2 Mrd. zurückgegangen.

Die Wertschriftenumsätze an der Schweizer Börse haben im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 8,7 Prozent abgenommen. Hintergrund waren die erhöhte Handelsaktivität im Nachgang zur Aufhebung des Mindestkurses anfangs 2015 und die erhöhte Risikoaversion verbunden mit einem Rückgang der Handelsaktivität im Jahr 2016 aufgrund erhöhter Unsicherheiten. Diese Reduktion hat sich negativ auf den Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft ausgewirkt. Ein baldiges Verlassen des Negativzinsumfelds ist nicht zu erwarten, sodass das Zinsdifferenzgeschäft der Banken weiter unter Druck stehen wird. Weiterhin positiv zu Buche schlagen werden die reduzierten Refinanzierungskosten und mindestens teilweise die Möglichkeit erhöhter Margen im Hypothekengeschäft. Auf der Kostenseite werden sich die Auswirkungen der sich stetig verschärfenden Regulierungen zeigen.

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz sank im Jahr 2015 um 0,5 Prozent auf CHF 3'026,1 Mrd. Einen entscheidenden Einfluss hatten die Rückgänge der Grossbanken sowie der ausländisch beherrschten Banken, deren Bilanzsummen um CHF 36,0 Mrd. und CHF 33,2 Mrd. zurückgingen. Diese Entwicklung wurde massgeblich durch den Rückgang der in Euro verbuchten Auslandforderungen und -verpflichtungen durch die Tieferbewertung der Bestände in Euro infolge der Aufhebung des Mindestkurses im Januar 2015 beeinflusst. Die vor allem inlandorientierten Raiffeisenbanken, Kantonalbanken, Regionalbanken und Sparkassen verzeichneten im Jahr 2015 eine Zunahme der Bilanzsumme. Die aggregierte Bilanzsumme der Raiffeisenbanken nahm gegenüber dem Vorjahr um 9,0 Prozent, diejenige der Kantonalbanken um 2,8 Prozent und diejenige der Regionalbanken und Sparkassen um 3,7 Prozent zu. Die Zunahmen können hauptsächlich auf das Wachstum der Hypothekarforderungen zurückgeführt werden. Die Wachstumsrate lag aber unter derjenigen der Vorjahre.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 hat die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz um 2,0 Prozent auf CHF 3'180,8 Mrd. zugenommen. Die Hypothekarforderungen als grösster Aktivposten sowie die flüssigen Mittel setzten den Vorjahrestrend in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres fort. Die Hypothekarkredite erhöhten sich um 1,2 Prozent und die flüssigen Mittel nahmen um 3,8 Prozent zu. Ebenso gestiegen sind die Forderungen

gen gegenüber Banken. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass Geschäftsbanken, die mehr Liquidität als die seit Januar 2015 geltenden Freibeträge halten, ihre überschüssige Liquidität gegen eine Gebühr auf Banken transferieren, die unter dem Freibetrag liegen.

Das Kreditgeschäft der Banken ist ein wichtiges Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Private in der Schweiz ist intakt. Das insgesamt ausstehende inländische Kreditvolumen ist im Jahr 2015 moderat auf CHF 1'076,4 Mrd. gewachsen. Davon stammten CHF 151,8 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen und CHF 924,7 Mrd. aus inländischen Hypothekarforderungen. Die inländischen Hypothekarkredite sind im Jahr 2015 um 2,6 Prozent und somit weniger schnell als ein Jahr zuvor (+3,6 %) gewachsen. Mit ein Grund für die Wachstumsverlangsamung dürften die verschärften Regulierungen im Hypothekarbereich sein.

Der Finanzplatz Schweiz ist mit einem Marktanteil von 25 Prozent ungebrochen die Nummer 1 in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. 2015 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 6'567,6 Mrd. Dies entspricht einer Abnahme von CHF 88,2 Mrd. gegenüber dem Vorjahr. Die Abnahme basiert auf einem Rückgang der ausländischen Kundenvermögen und ist hauptsächlich auf einen Währungseffekt zurückzuführen. Ausländische Kunden halten einen wesentlich höheren Anteil an Vermögen in Euro und Dollar als inländische Kunden. Die inländischen Kundenvermögen haben hingegen im Jahr 2015 zugenommen.

Die Entwicklung der Arbeitsplätze war 2015 von der anhaltenden Konsolidierung sowie von Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsmassnahmen geprägt. Der inländische Personalbestand (in Vollzeitäquivalenten) nahm um 1'012 Stellen auf 103'041 ab (-1,0 %). Damit präsentiert sich die Beschäftigungszahl im Bankensektor über einen längeren Zeitraum betrachtet als stabil.

Die jährlich durchgeführte Umfrage der SBVg zur Personalentwicklung zeigt für das erste Halbjahr 2016 einen deutlichen Rückgang der Beschäftigten in der Schweiz von -3'454 Stellen respektive -4,1 Prozent. Gegensätzlich verlief die Entwicklung bei den Beschäftigten der Schweizer Banken im Ausland. Hier erfolgte im ersten Halbjahr 2016 netto ein Beschäftigtenaufbau um mehr als 6'700 Stellen. Hinsichtlich der Erwartungen für das zweite Halbjahr 2016 gehen die 162 antwortenden Banken zu über zwei Dritteln von einer gleichbleibenden Beschäftigungslage aus. Der Anteil der Banken, die mit einem Beschäftigungsabbau rechnen, hat sich gegenüber dem Vorjahr von 11,0 Prozent auf 11,7 Prozent leicht erhöht. Dieser Wert liegt weiterhin deutlich unter den Werten der Jahre 2012 bis 2014. Dieser allgemeine Trend gilt grundsätzlich auch für die verschiedenen Geschäftsbereiche. Einzig im institutionellen Asset Management und im Handelsgeschäft geht praktisch keine der befragten Banken von einem Personalabbau aus. Insgesamt ist die Arbeitsmarktlage im Bankensektor im gesamtschweizerischen Vergleich weiterhin sehr erfreulich. So lag die Arbeitslosenquote im Juni 2016 mit 2,7 Prozent unter dem Schweizer Durchschnitt von 3,1 Prozent.

# 1 Der Schweizer Bankensektor

Der Schweizer Bankensektor trägt wesentlich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei. Die Schweiz gehört zu den global führenden Finanzplätzen und zählte auch im Jahr 2015 zu den wettbewerbsfähigsten Finanzzentren weltweit. Mit Zürich und Genf rangierten zwei Schweizer Städte auf den Plätzen 6 und 15 im Global Financial Centres Index 2016.<sup>1</sup> Der Schweizer Bankensektor umfasst eine Vielfalt an Bankinstituten mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen und einer breiten Palette an Dienstleistungen.

Wettbewerbsfähiger Bankensektor ...

Der Schweizer Bankensektor erbrachte 2015 in einem seit Jahren herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld mit knapp sechs Prozent einen bedeutenden Teil der Wertschöpfung in der Schweiz.<sup>2</sup> Damit trägt er wesentlich zum Wohlstand der gesamten Schweizer Bevölkerung bei.

... mit grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung

Der Schweizer Bankensektor befindet sich jedoch im Wandel und erlebt gegenwärtig beachtliche Umwälzungen. Zum einen führen das anhaltend niedrige Zinsumfeld und der starke Wettbewerb zu grossem Margendruck. Ebenso treiben Regulierungen in Sachen Eigenkapital oder Steuertransparenz die Kosten in die Höhe und befeuern damit den Margendruck weiter. Zusätzlich beeinflusst die Digitalisierung die Banken-Grosswetterlage markant. Sie beschleunigt den Strukturwandel in der Branche – mit entsprechenden Chancen und Risiken.

Bankensektor befindet sich im Wandel

Per Ende 2015 waren in der Schweiz 266 Banken tätig, während es im Vorjahr noch 275 waren. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) unterteilt die Banken anhand ihrer Merkmale und Tätigkeit neu in acht Bankengruppen: Kantonalbanken, Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, Auslandsbanken, Privatbankiers, Börsenbanken und «Andere Banken». Bis zum Berichtsjahr 2014 umfasste die Kategorie «Übrige Banken» die Gruppen «Andere Banken» und Börsenbanken. Seither werden «Andere Banken» und Börsenbanken von der SNB separat ausgewiesen und nicht mehr als Aggregat «Übrige Banken».

Acht Bankengruppen in der Schweiz

In der Schweiz waren per Ende 2015 24 Kantonalbanken tätig, wovon 21 über eine uneingeschränkte Staatsgarantie verfügen. Bei diesen haftet der jeweilige Kanton für alle Verbindlichkeiten. Die Kantonalbanken sind hauptsächlich im jeweiligen Kanton aktiv. Vereinzelt unterhalten sie auch ausserkantonale Filialen oder sind auf digitalen Kanälen ausserkantonal tätig. Die grösste Schweizer Kantonalbank, die Zürcher Kantonalbank (ZKB), gilt seit dem 1. November 2013 als systemrelevantes Finanzinstitut. Sie muss somit gemäss den Too-big-to-fail (TBTF)-Anforderungen des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (BankG) strengere Eigenkapital- und Liquiditätsbestimmungen als die übrigen Kantonalbanken erfüllen.

Kantonalbanken

Die Schweizer Grossbanken sind global tätige Universalbanken, die alle Sparten des Bankgeschäfts anbieten. Sie vereinten 2015 47,1 Prozent der aggregierten Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz auf sich. Im Rahmen der TBTF-Regulierung arbeiteten die Grossbanken 2015 daran, sich rechtlich zu reorganisieren und durch neue Konzernstrukturen den Grad ihrer Systemrelevanz zu reduzieren. Im Juni 2015 hat die UBS die Gründung der UBS Switzerland AG, einer hundertprozentigen Tochter der UBS AG mit eigener Banklizenz, bekannt gegeben. Die Credit Suisse hat im Herbst 2015 entsprechende Schritte eingeleitet (siehe Kapitel 1.1).

Grossbanken

<sup>1</sup> Z/Yen Group Limited (2016).  
<sup>2</sup> BAKBASEL (2015).

Die UBS Switzerland AG und die UBS AG werden von der SNB als separate Banken gezählt, weshalb die Bankengruppe Grossbanken neu drei Institute (UBS AG, UBS Switzerland AG und Credit Suisse AG) umfasst.

Die Regionalbanken und Sparkassen konzentrieren sich vorwiegend auf das klassische Spar- und Hypothekengeschäft. Im Gegensatz zu den Kantonalbanken ist ihr geografisches Tätigkeitsgebiet meist regional begrenzt. In der Schweiz gab es per Ende 2015 62 Regionalbanken und Sparkassen und somit ein Institut weniger als im Jahr zuvor.

| [Regionalbanken und Sparkassen](#)

Die Raiffeisengruppe ist ein Zusammenschluss genossenschaftlich organisierter Raiffeisenbanken, die in der ganzen Schweiz vertreten sind.

| [Raiffeisenbanken](#)

Das Geschäftsfeld umfasst das klassische Zinsgeschäft mit Hypothekar- und Kreditgeschäften sowie Kundengeldern in Spar- und Anlageform. Ihr Bankstellennetz umfasste per Ende 2015 insgesamt 299 eigenständige Raiffeisenbanken mit 982 Geschäftsstellen. Die Gruppe der Raiffeisenbanken ist die drittgrösste Bankengruppe in der Schweiz. Seit Juni 2014 zählen auch die zur Raiffeisengruppe zusammengeschlossenen Genossenschaftsbanken neben den Grossbanken, der PostFinance AG und der ZKB zu den systemrelevanten Finanzinstituten. Die Raiffeisen Schweiz Genossenschaft hat im Jahr 2012 die Privatbank Notenstein als hundertprozentige Tochtergesellschaft übernommen. Die SNB weist die Privatbank Notenstein aber weiterhin separat in der Kategorie Börsenbanken aus.

Die Gruppe der Auslandbanken umfasst die Filialen ausländischer Banken sowie ausländisch beherrschte Banken. Die Filialen ausländischer Banken besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern sind rechtlich ihrer ausländischen Muttergesellschaft unterstellt. Sie bedienen insbesondere ausländische Kunden und sind vorwiegend im Investmentbanking tätig. Einige Banken fokussieren auch auf das auslandorientierte Vermögensverwaltungsgeschäft. Per Ende 2015 gab es 26 Filialen ausländischer Banken in der Schweiz (2014: 27).

| [Auslandbanken](#)

Die ausländisch beherrschten Banken sind nach schweizerischem Recht organisiert, weisen aber eine ausländische Beteiligung von mehr als der Hälfte aller Stimmen auf. Die ausländisch beherrschten Banken sind oft in allen Geschäftsfeldern tätig – gewisse konzentrieren sich auf die Vermögensverwaltung oder das Investmentbanking. Per Ende 2015 zählte die Schweiz 85 ausländisch beherrschte Banken (2014: 91).

Die national und international ausgerichteten Privatbankiers sind in erster Linie in der Vermögensverwaltung tätig und haften als Gesellschafter solidarisch. Vier Privatbankiers änderten 2014 ihre Rechtsstruktur und werden seither unter den Börsenbanken geführt, weshalb es zu Strukturbrüchen in den Statistiken der Bankengruppen «Privatbankiers» und «Börsenbanken» gekommen ist. Per Ende 2015 gab es insgesamt sieben Privatbankiers (2000: 17, 2005: 14, 2010: 13).

| [Privatbankiers](#)

Börsenbanken konzentrieren sich hauptsächlich auf das Börsen-, Effekten- und Vermögensverwaltungsgeschäft. Sie bedienen Kunden im In- und Ausland. Per Ende 2015 existierten 44 Börsenbanken (2014: 47).

| [Börsenbanken](#)

Zu den «Anderen Banken» werden jene Banken gezählt, die sich in keine andere Gruppe einordnen lassen. Sie weisen keine nennenswerten gemeinsamen Merkmale auf. Per Ende 2015 gab es mit 14 «Anderen Banken» ein Institut weniger als im Vorjahr. Das gemessen an der Bilanzgrösse mit Abstand grösste Institut dieser Bankengruppe ist die PostFinance AG. Mit ihr wurde im September 2015 ein Institut dieser Kategorie von der SNB als fünftes Schweizer Finanzinstitut für systemrelevant erklärt.

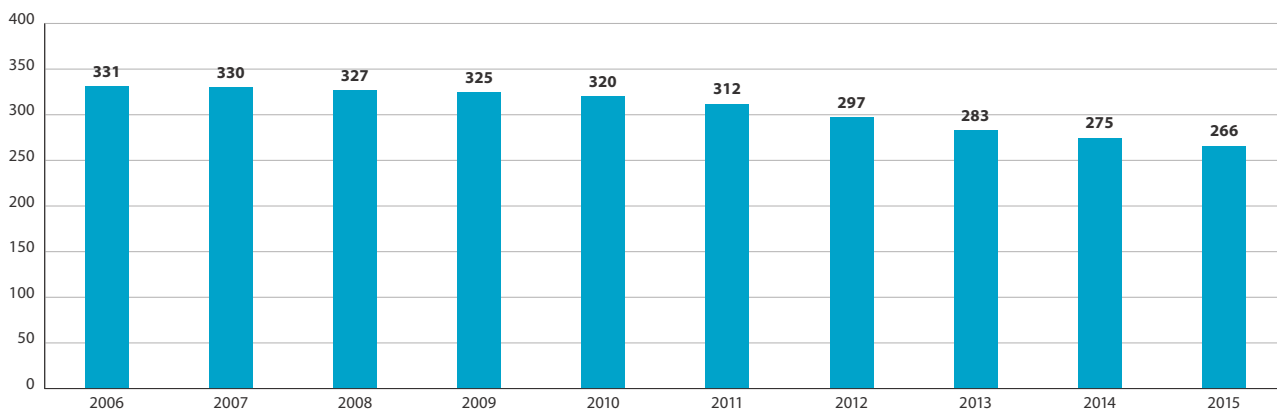
| [«Anderer Banken»](#)

## 1.1 Entwicklungen im Jahr 2015

Im Jahr 2015 reduzierte sich die Anzahl Banken von 275 auf 266. Der Saldo resultiert aus fünf Entlassungen aus dem Bankenstatus, einer Schliessung, fünf Liquidationen, fünf Übernahmen durch andere Banken sowie sieben Neuaufnahmen. Von den Weglassungen sind insbesondere die ausländisch beherrschten Banken (-8) betroffen, gefolgt von den Börsenbanken (-4) und den Filialen ausländischer Banken (-4). | 266 Banken in der Schweiz

Abb. 1

### Anzahl Banken in der Schweiz



Quelle: SNB

Im Februar 2015 hat die Privatbank Notenstein, eine Tochtergesellschaft der Raiffeisengruppe, die Privatbank La Roche übernommen. Seitens La Roche wurde die Übernahme vor allem mit dem steigenden Margendruck durch die wachsenden Compliance-Kosten und dem notwendigen Ausbau der E-Banking-Kapazitäten begründet. Notenstein will durch die Übernahme ihr Kerngeschäft, die Vermögensverwaltung für Privatkunden, stärken und so ihre Positionierung am Markt ausbauen. Zusammen beschäftigten die beiden Institute nach dem Zusammenschluss per Ende 2015 rund 550 Personen. | Notenstein übernimmt La Roche

Die Bank Vontobel hat im September 2015 die Finter Bank von der italienischen Italmobiliare übernommen. Per Ende 2015 verwaltete die Finter Bank CHF 1,6 Mrd. und beschäftigte 65 Mitarbeitende. Mit dem Zukauf will Vontobel die Vermögensverwaltung ausbauen und das Geschäft mit italienischen Kunden stärken. | Vontobel übernimmt Finter Bank

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) eröffnete im Herbst 2015 den Konkurs über die Privatbank Hottinger. Erhöhte Kosten durch Probleme in der Informatik und steigende Aufwände in der Compliance, ungelöste Rechtsfälle mit Rückstellungen sowie ungenügende Einnahmen führten dazu, dass die Bank das vorgeschriebene Mindestkapital nicht mehr aufweisen konnte. Die Bank beschäftigte 50 Angestellte. | Privatbank Hottinger geht Konkurs

Am 15. Januar 2015 hob die SNB den Mindestkurs des Frankens zum Euro auf. Die SNB begründete die Aufhebung mit einer grundlegend veränderten Situation am Devisenmarkt. Bereits im zweiten Halbjahr 2014 hatte der Euro – und durch die Fixierung des Wechselkurses zum Euro somit auch der Schweizer Franken – gegenüber wichtigen Währungen wie dem US Dollar kontinuierlich an Wert verloren. | SNB hebt Mindestkurs des Frankens zum Euro auf ...



Als sich abzeichnete, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geldpolitik mit einem Anleihekaufprogramm nochmals stark lockern würde, war der Mindestkurs aus Schweizer Sicht nicht mehr haltbar. Als Ausdruck einer starken Währung, von Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft und eines soliden Finanzplatzes wertete sich der Franken nach der Aufhebung des Mindestkurses sprunghaft auf.

Obwohl der erstarkte Franken die Wirtschaft, allen voran die exportierende Industrie, belastet, blieben die Schweizer Finanzinstitute bisher von Kreditausfällen mehrheitlich verschont. Obgleich sich die Situation bei den Ausfallrisiken 2015 noch entspannt präsentierte, muss daran erinnert werden, dass sich Kreditverluste erfahrungsgemäss mit Verzögerung zeigen. Zwar wiesen einige Firmen Ende 2015 bereits einen negativen Ebit (Earnings before interest and tax) auf, doch viele Unternehmen verfügten über hohe Liquiditätsreserven. Banken verlangen von ihren Firmenkunden detaillierte Auskunft darüber, wie sie die Profitabilität wieder herstellen wollen.

Nicht nur die Industrie, sondern insbesondere die Privat- und Vermögensverwaltungsbanken sind spürbar vom Frankenhoch betroffen. Weil deren verwaltete Vermögen zu rund 85 Prozent in Fremdwährungen lagen, hat sich der Bestand in Schweizer Franken im Jahr 2015 stark verringert, was in einer Reduktion der Vermögensverwaltungserträge um 5,6 Prozent resultierte.

Gleichzeitig mit der Aufhebung des Euromindestkurses reduzierte die SNB den Zins für Giro Guthaben der Banken, welche einen bestimmten Freibetrag übersteigen, um 0,5 Prozentpunkte auf -0,75 Prozent. Der Freibetrag, bis zu dem kein Negativzins bezahlt werden muss, beträgt das Zwanzigfache der Mindestreserven, die eine Bank bei der SNB halten muss. Unter den Banken entwickelte sich ein Markt für Liquidität: Institute, die mehr Liquidität als die Freigrenzen hielten, beispielsweise Kantonalbanken, haben überschüssige Liquidität gegen eine Gebühr auf Banken übertragen, die unter der Freigrenze lagen. So konnten einige dieser Institute aus den erhaltenen Gebühren für die aufgenommene Liquidität sowie aus auf Hypotheken und Ausleihungen erhobene Zinsen einen positiven Zinssaldo generieren. Stark von den Negativzinsen wurden die Privatbankiers belastet; dies vor allem deshalb, weil sie weniger im Ausleihgeschäft tätig sind und dadurch tiefere Mindestreserven haben.

... mit gleichzeitiger Verschärfung der Negativzinsen auf die Giro Guthaben

Nach der Aufhebung des Euromindestkurses stiegen die Zinsen auf dem Hypothekarmarkt im ersten Halbjahr 2015 zunächst entgegen der Erwartungen an. Der Grund liegt darin, wie Banken ihre Hypothekargeschäfte absichern. Banken refinanzieren Hypothekargeschäfte durch Spareinlagen. Falls die kurzfristigen Zinssätze stark steigen, muss eine Bank den Sparern möglicherweise mehr bezahlen, als sie für die langfristig vereinbarten Immobilienkredite erhält. Dieses Risiko sichert eine Bank durch sogenannte Swap-Geschäfte ab, bei denen sie für eine gewisse Laufzeit einen fixen Zins, der sich am jeweiligen Kapitalmarktsatz orientiert, bezahlt und einen variablen Zins, der sich am Libor orientiert, erhält. Durch die Negativzinsen fiel dieser variable Zins negativ aus. Damit sich Swap-Geschäfte unter diesen Umständen gelohnt hätten, hätte die Bank den Sparern Zinsen in gleicher Höhe belasten müssen. Um zu verhindern, dass Bargeld abgezogen oder gehortet wird, haben die Banken den Negativzins nur an institutionelle, nicht aber an private Kunden weitergegeben (mit Ausnahme eines Instituts). Stattdessen schlugen die Banken die höheren Absicherungskosten auf die Hypothekarkonditionen auf. Im Juni 2015 erreichten die langfristigen Hypothekarzinsen den Jahreshöchststand. Die Zinsen waren aber im Vergleich zu den Vorjahren immer noch auf einem tiefen Niveau. Durch das verstärkte Engagement von Versicherern im Hypothekarmarkt und die durchgehend niedrigen Hypothekarzinsen auf kurze Sicht waren die Banken gezwungen, die langfristigen Hypothekarzinsen wieder zu senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben. In der zweiten Jahreshälfte 2015 sanken die langfristigen Hypothekarzinsen bis zum Jahresende auf den Stand vom Jahresanfang.

Auswirkungen der Negativzinsen auf den Hypothekarmarkt

Um die substanziellen Beeinträchtigungen durch Negativzinsen abzufedern, optimierten Banken ihr Liquiditätsmanagement. Auch wollten sie Ertragsschmälerungen auffangen, indem sie beim Abschluss neuer Hypotheken und bei der Anschlussfinanzierung auslaufender Tranchen höhere Margen durchzusetzen versuchten. In der Folge stiegen denn auch die Hypothekervolumen weiter leicht an.

Nachdem die Schweiz und die EU im Mai 2015 das Abkommen zu dem von der OECD erarbeiteten globalen Standard zum AIA unterzeichnet haben, haben National- und Ständerat im Winter dem Bundesgesetz über den AIA zugestimmt und damit die Rechtsgrundlage für das internationale Abkommen gelegt. Das Abkommen setzt dem Schweizer Bankgeheimnis gegenüber ausländischen Steuerbehörden für EU-Bankkunden ein Ende und aktualisiert das seit 2005 geltende Zinsbesteuerungsabkommen, das auf dem Konzept der Quellensteuer beruhte. Die Grundsätze des AIA sind, dass die Informationen nur zu dem im Abkommen vorgesehenen Zweck verwendet werden, dass ausreichende Datenschutzvorkehrungen getroffen werden, dass alle Staaten dieselben Daten erheben und austauschen und dass gleiche Regeln für alle zur Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten (auch bei Trusts und Sitzgesellschaften) gelten. Im Dezember haben die EU-Finanzminister den Vertrag mit der Schweiz zum AIA gutgeheissen. Damit wird die Schweiz wie vorgesehen Anfang 2018 mit dem gegenseitigen Austausch von Daten für das Jahr 2017 wie Namen, Dividenden- und Zinserträge, Verkaufserlöse auf Finanzvermögen und Kontoguthaben beginnen können. Für den automatischen Austausch mit Nicht-EU-Ländern braucht es zusätzlich noch konkrete Abkommen. Ein solches wurde beispielsweise bereits mit Australien unterzeichnet. Anfang 2016 hat die Schweiz weitere gemeinsame Erklärungen zur Einführung des AIA mit anderen Ländern beschlossen, zum Beispiel mit Südkorea, Kanada und Japan.

Parlamentarische Absegnung der Rechtsgrundlage zum AIA

Während das Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG), welches die Organisation und den Betrieb von Finanzmarktinfrastrukturen sowie Verhaltenspflichten im Effekten- und Derivatehandel regelt, am 1. Januar 2016 bereits in Kraft getreten ist, hat der Bundesrat für das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) im November 2015 die Botschaft an das Parlament verabschiedet. Die Gesetze sollen den Kundenschutz verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes sicherstellen. Das FIDLEG verankert Aus- und Weiterbildungspflichten für Berater und die Ausdehnung der Prospektspflicht für Aktien, Anleihen und andere kotierte Instrumente auf alle Beteiligungs- und Forderungspapiere. Der Aufwand für Finanzdienstleister steigt dadurch. Das FINIG regelt die Aufsicht über die Finanzdienstleister. Die wichtigste Änderung ist die Erfassung unabhängiger Vermögensverwalter, die einer unabhängigen Aufsichtsorganisation – also nicht der FINMA – unterstellt werden. FIDLEG und FINIG werden wahrscheinlich nicht vor 2018 in Kraft treten.

Neue Finanzmarktinfrastruktur: FinfraG in Kraft, FIDLEG und FINIG im Parlament

Da die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft darauf angewiesen ist, Produkte und Dienstleistungen der hiesigen Finanzinstitute auch im Ausland anbieten zu können, bildet die neue Finanzmarktinfrastruktur eine wichtige Voraussetzung für den grenzüberschreitenden Vertrieb.

Der grenzüberschreitende Marktzugang für Finanzdienstleistungen, insbesondere zu europäischen Ländern, gehört weiterhin zu den zentralen Anliegen der Schweiz. Die neuen Gesetzesblöcke im Schweizer Finanzmarktrecht gleichen dieses an das EU-Recht an und stellen eine der tragenden Säule für mögliche Verhandlungen über den EU-Marktzugang dar. Weiter konnten mit der deutschen Finanzmarktaufsicht BaFin im Juli 2015 letzte Klärungen des 2013 zwischen den Finanzministerien der Schweiz und Deutschlands getroffenen Memorandums zur grenzüberschreitenden Erbringung von Finanzdienstleistungen abgeschlossen werden, sodass hiesige Banken eine vereinfachte Freistellung

EU-Marktzugang

bei der BaFin ersuchen und Finanzdienstleistungen in Deutschland aus der Schweiz heraus anbieten können. Mit anderen EU-Ländern dauern die Gespräche an.

Neben den bilateralen Gesprächen mit einzelnen Mitgliedsländern ist die Schweiz bemüht, mit der gesamten EU Verbesserungen im Marktzugang zu erreichen. Exploratorische Gespräche mit der EU zu einem möglichen Finanzdienstleistungsabkommen wurden zwar aufgenommen, nachdem die Schweiz den AIA akzeptiert hatte, sind aber unterbrochen, weil die EU zuerst Lösungen zu den institutionellen Fragen und für die Personenfreizügigkeit nach dem Ja der Schweiz zur Masseneinwanderungsinitiative erwartet. Die Schaffung von Äquivalenz zu spezifischen EU-Bestimmungen ist ein weiterer Weg, über den die Schweiz versucht, durch die eigene Gesetzgebung einen besseren EU-Marktzugang zu erreichen. Dafür gibt es bislang ein erfolgreiches Beispiel: Die EU-Kommission hat im November 2015 die schweizerische Aufsicht über zentrale Gegenparteien als gleichwertig mit den massgeblichen Bestimmungen in der EU anerkannt. Zudem hat die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) im Juli 2016 der EU-Kommission empfohlen, Asset Managern aus zwölf Nicht-EU-Ländern, darunter auch der Schweiz, in Zukunft zu gestatten, ihre Fonds in der EU mit einem sogenannten EU-Pass zu vertreiben. Damit haben Anbieter alternativer Fonds Aussicht auf einen einfacheren EU-Marktzugang, denn sie müssen die Zulassung nicht mehr wie bisher in allen EU-Mitgliedstaaten einzeln beantragen.

Durch die TBTF-Bestimmungen soll die Widerstandsfähigkeit der systemrelevanten Banken erhöht werden. Innerhalb des TBTF-Regelrahmens will der Bundesrat die Verschuldungsquote (Leverage Ratio), also das Verhältnis von Eigenkapital zu Bilanzsumme und damit einer der wichtigsten Kontrollwerte innerhalb des TBTF-Regelrahmens, verschärfen. Im Oktober 2015 hat der Bundesrat dazu die Eckwerte für eine entsprechende Verordnung verabschiedet, welche bereits anfangs Juli 2016 in Kraft gesetzt wurde. Dazu gehört eine von 3,1 auf 5,0 Prozent erhöhte Leverage Ratio für Grossbanken. UBS und Credit Suisse wiesen per Oktober 2015 eine Leverage Ratio von 3,6 beziehungsweise 3,7 Prozent auf. Die neuen Anforderungen müssen bis Ende 2019 erfüllt werden. Die UBS hat bereits im Sommer 2015 ihre Neuorganisation und die Gründung der UBS Switzerland AG bekannt gegeben. Die Credit Suisse begann im Herbst 2015 mit dem Umbau ihrer Strukturen, den sie 2016 abschliessen wird. Im Rahmen dieses Umbaus werden das Eigenkapital um CHF 6 Mrd. erhöht sowie die Bank in drei Vermögensverwaltungsregionen (Asien, Schweiz und restliche Länder) und zwei Investmentbank-Bereiche aufgeteilt. Die Schweiz-Einheit soll zu einer Universalbank ausgebaut und bis 2017 teilweise an die Börse gebracht werden, was die Eigenkapitalbasis weiter stärken soll.

TBTF verlangt von den Banken rechtlich-organisatorische Anpassungen und erhöhte Eigenmittel

Im Dezember 2015 haben Schweizer Banken rund 3'500 Konten und Schliessfächer auf der Internetseite [www.dormantaccounts.ch](http://www.dormantaccounts.ch) veröffentlicht. Bei diesen Konten, beziehungsweise Schliessfächern, kann die Bank seit mindestens 60 Jahren keinen Kontakt mehr zum Inhaber herstellen.

Der summierte Wert der Konten wurde per Ende 2015 auf CHF 60 Mio. geschätzt. Mit der Publikation versuchen die Banken ein letztes Mal, den Kontakt zum Kunden wiederherzustellen, bevor sie die betroffenen Vermögenswerte von Gesetzes wegen binnen eines Jahres nach Publikation an den Staat abliefern müssen. Die Rechte der Inhaber an den Vermögen erlöschen mit der Ablieferung. Für die Banken bringt die neue Regelung Rechtssicherheit im Umgang mit nachrichtenlosen Vermögen. Kunden und Anspruchsberechtigte erhalten durch die Publikation eine einfache, sichere und leicht zugängliche Möglichkeit, nach kontaktlosen Vermögenswerten zu suchen. Die bereits seit langem mögliche Suche von nachrichtenlosen Vermögen über den Schweizerischen Bankenombudsman bleibt unverändert bestehen.

Schweizer Banken veröffentlichen Liste nachrichtenloser Vermögen

## 1.2 Entwicklungen im Jahr 2016

Die mehrheitlich von der brasilianischen BTG Pactual beherrschte Tessiner Bank BSI wurde im Februar 2016 von der Zürcher Privatbank EFG International zum Preis von CHF 1,3 Mrd. übernommen. Daraus entstand eine der gewichtigsten Schweizer Bank spezialisiert auf Private Banking mit 4'000 Beschäftigten, davon 860 Kundenberater, und CHF 170 Mrd. verwalteten Vermögen.

EFG International  
übernimmt BSI

Überschattet wurde die Übernahme durch die Verwicklung der BSI in einen Geldwäscherei-skandal. Ein Enforcementverfahren der FINMA, welches 2015 eröffnet und im Mai 2016 abgeschlossen wurde, ergab, dass die Bank bei Geschäftsbeziehungen und Transaktionen im Umfeld des malaysischen Staatsfonds 1MDB gegen die Geldwäschereibestimmungen verstossen hatte. Unter anderem wurde ein Gewinn von CHF 95 Mio. durch die FINMA eingezogen und die BSI verlor ihre Banklizenz. Die FINMA genehmigte die vollständige Übernahme der BSI nur mit der Auflage, dass diese völlig in die EFG International integriert und binnen einem Jahr aufgelöst werden muss.

### Geldwäschereibekämpfung in der Schweiz

Die Schweiz verfügt über ein engmaschiges, erprobtes und auf einer langen Tradition basierendes Geldwäscherei-Dispositiv. Als Antwort auf den «Fall Chiasso» im Jahr 1977 erliess die SBVg die erste «Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken» (VSB). Die VSB liegt seit 2016 als «VSB 16» in ihrer siebten Auflage vor. Die VSB diente im Laufe der Zeit als Basis für Normen im Strafgesetzbuch, im Geldwäschereigesetz (GwG) und für die entsprechenden Verordnungen der FINMA.

International wurde 1989 die Financial Action Task Force (FATF) gegründet, welche sich beim Erlass ihrer Empfehlungen ebenfalls stark an der VSB orientierte. Die Schweiz ist Mitglied der FATF. Mit ihrem Geldwäscherei-Dispositiv erfüllt die Schweiz die internationalen Empfehlungen der FATF, was die FATF der Schweiz bereits im Jahr 2005 bei der letzten FATF-Länderprüfung attestiert hatte. 2012 revidierte die FATF ihre 40 Empfehlungen, worauf auch die Schweiz ihre Geldwäschereibekämpfungsrichtlinien anpasste. Diese traten am 1. Januar 2016 gleichzeitig mit der revidierten VSB 16 in Kraft. Zentrale Punkte der Implementierung waren unter anderem die Anpassungen bezüglich der Meldepflicht von Inhaberaktionären einer nicht börsenkotierter Aktiengesellschaft und bezüglich qualifizierter Steuervergehen als neue Vortat zur Geldwäscherei.

Trotz all dieser Massnahmen gibt es gemäss der FINMA Finanzinstitute, die gegen die geltenden Gesetze und Richtlinien verstossen. So hat die FINMA erhöhte Geldwäschereirisiken festgestellt und führt gegen mehrere Banken Verfahren durch.

Es handelt sich aber klar um Einzelfälle und die FINMA fordert keine Verschärfungen des in der Schweiz gut funktionierenden Dispositivs gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Einerseits werden Verfehlungen proaktiv durch die geltenden Geldwäschereibestimmungen vorgebeugt. Andererseits werden begangene Verfehlungen durch die strenge strafrechtliche Gesetzgebung bestraft.

Im März 2016 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Regeln vorgestellt, nach denen die Banken künftig eigene Berechnungsmodelle heranziehen dürfen, um ihre regulatorischen Eigenkapitalquoten zu berechnen. Grundsätzlich soll deren Einsatz zugunsten von Standardmodellen stark eingeschränkt werden. Das Ziel ist in erster Linie nicht die Erhöhung der Eigenmittelquote, sondern eine verbesserte Vergleichbarkeit und Transparenz.

Basler Ausschuss schränkt  
interne Berechnungsmodelle  
zu Eigenkapitalquoten ein

Im US-Steuerstreit konnten alle rund 80 Banken der Kategorie 2, das heisst jene Institute, welche freiwillig angaben, Steuersünder mit US-Bezug betreut zu haben, einen Abschluss finden. Die rund 80 Banken der Kategorie 2 bezahlten insgesamt USD 1,3 Mrd. an die US-Behörden. Nach Zahlung der Bussen erhielten die Institute ein Non-Prosecution Agreement, also eine Erklärung der USA, die Banken für die eingestanden Verstösse nicht strafrechtlich zu verfolgen.

Kategorie 2 des  
US-Steuerprogramms  
abgeschlossen

Die Verfahren gegen die sogenannten Kategorie-1-Banken laufen unterdessen weiter. Gegen diese Banken waren bereits Strafuntersuchungen eingeleitet worden, bevor die Schweiz mit den USA eine Vereinbarung zur Beilegung des Steuerstreits unterzeichnet hatte.

Die China Construction Bank (CCB) erhielt als erste chinesische Bank im Herbst 2015 eine Schweizer Banklizenz. Im Januar 2016 hat sie ihre erste Filiale in Zürich eröffnet. Die chinesische Zentralbank (PBC) hat die Zürcher Filiale autorisiert, in der Schweiz als Clearing-Bank für den Renminbi (RMB) zu agieren, womit Zürich nach London, Frankfurt und Luxemburg zu einer europäischen Drehscheibe für den Offshore-Handel mit der chinesischen Währung wird. Diese Schritte unterstreichen die Rolle der Schweiz als privilegierten Partner für China. Für hiesige Unternehmen wird der Handel mit dem weltgrössten Exportland einfacher und sicherer, indem Liquiditätsengpässe vermieden und Währungsgeschäfte in RMB verbilligt werden. Die Schweiz erfüllt somit heute alle Bedingungen für einen sogenannten Renminbi-Hub, was erhebliches Potential für den Finanzplatz und die hiesige Wirtschaft birgt. Auf die Errichtung eines Hubs hat die SBVg zusammen mit weiteren Akteuren seit 2012 hingearbeitet.

Erste chinesische Bank in  
der Schweiz

Die Vergangenheitsbereinigung bei Schweizer Banken ist weitgehend abgeschlossen. Doch für ein baldiges Ende des Margenschwunds, namentlich im Bereich der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung, gibt es keine Anzeichen. Seit der Finanzkrise wurde die Regulierung von Banken sowohl in der Schweiz als auch in anderen Ländern umfassenden Veränderungen unterzogen. Für die Umsetzung dieser Veränderungen ist nach wie vor der Einsatz erheblicher Ressourcen erforderlich. Beispielsweise müssen viele Banken ihre Compliance-Bereiche ausbauen, was die laufenden Kosten in die Höhe treibt.

Anhaltender Margendruck

Einen weiteren Kostenblock bildet das US-Programm, denn die USA können auf Basis einer vierjährigen Kooperationspflicht die Banken der Kategorie 2 des US-Programms zur expliziten Mithilfe, zum Beispiel bei der Formulierung von Gruppenanfragen im Amtshilfebereich, zu Hilfe ziehen, was sich auf der Kostenseite der Banken niederschlägt.

Generell erschwerend wirkt ausserdem, dass Kunden – beeinflusst durch neue Möglichkeiten der digitalen Entwicklung – heute schneller die Bank wechseln, preisbewusster agieren und vermehrt die Kosten in den Vordergrund ihrer Entscheidungen stellen. Dies alles stellt hohe Anforderungen an die Geschäftsmodelle der Banken, um den Margenzerfall aufzuhalten und die Kunden bedürfnisgerecht mit innovativen Produkten und Dienstleistungen zu bedienen.

Am 23. Juni 2016 hat Grossbritannien entschieden, aus der Europäischen Union auszutreten. Neben den kurzfristigen Auswirkungen wie dem unmittelbaren Börseneinbruch mit den Finanztiteln als Hauptleidtragenden sowie der Abwertung des Pfunds führte der Brexit-Entscheid zu zusätzlicher Unsicherheit an den Finanzmärkten. Falls der Schweizer Franken seine Aufgabe als sicheren Währungshafen abermals wahrnimmt, ist eine weitere Verschärfung der Negativzinsen nicht auszuschliessen. Der Brexit-Entscheid kann langfristige Auswirkungen auf die internationale Bankenlandschaft haben. Die Schweizer Grossbanken UBS AG und Credit Suisse, welche zusammen rund 12'000 Arbeitnehmende in London beschäftigen, haben kurz nach der Abstimmung bekanntgegeben,

Brexit mit unklaren Folgen für  
den hiesigen Bankenplatz

die Verlegung von Teilen ihres Geschäfts in andere europäische Länder zu prüfen. Für den Schweizer Bankenplatz sind die Folgen noch unklar. Positive Impulse sind durch den Einfluss- und Ansehensverlust des Finanzhubs London punktuell zwar möglich, aber eher nicht zu erwarten.

## Wachsendes Ökosystem rund um die Finanztechnologie

Nach San Francisco, London und Singapur entsteht auch in der Schweiz ein neues Ökosystem des digitalen Bankings, welches die Banken und andere Finanzdienstleister einerseits vor grosse Herausforderungen stellt und andererseits Potential für neue Geschäftsmöglichkeiten birgt. Die Kombination aus Technologie und traditionell starker Beratungskompetenz der Banken ermöglicht beispielsweise die Erschliessung neuer Kundengruppen und die Erhöhung der Reichweite.

Während sich Fintechs mit disruptiven Geschäftsmodellen eher ausserhalb der Schweiz befinden, setzt die hiesige Szene auf Partnerschaften mit Banken. Neben dem Vertrauen der Kunden versprechen sich die Fintechs einen schnelleren Durchbruch ihrer Innovationen, beispielsweise im Zahlungsverkehr und in der Geldanlage. Die Banken ihrerseits profitieren von der Agilität der Jungunternehmen und ihrer Nähe zu jüngeren Kunden. Einige Banken, insbesondere Grossbanken, haben den Weg eingeschlagen, bankinterne Innovationszentren aufzubauen und gleichzeitig mit spezialisierten Startups zu kooperieren. Die UBS beispielsweise hat in Singapur ein Innovationszentrum eröffnet und arbeitet in London mit Level39, einem der grössten Technologiebeschleuniger in Europa, zusammen. Auch in der Schweiz haben im letzten Jahr verschiedene Inkubatoren für Finanztechnologie ihre Türen geöffnet.

Die digitale Transformation im Finanzbereich verspricht den Kunden Nutzen durch innovative, personalisierte Dienstleistungen. Die Banken, wie auch andere in einer zunehmend digitalisierten Welt agierende Firmen, müssen ihre Unternehmensstrategie überdenken, um vom Potential der Effizienzgewinne zu profitieren. Hierzu gehören die Transformation der Geschäftsmodelle, die Neugestaltung des IT- und Datenmanagements oder die Weiterentwicklung der Betriebskultur in Richtung Agilität und Netzwerkorientierung. Die Fintechs bringen einfache, effiziente und günstige Dienstleistungen hervor, die auf eine neue, mit Mobiltelefonen und Tablets ausgerüstete Kundengeneration zugeschnitten sind und die nur einen kleinen Teil der Wertschöpfungskette abdecken.

Im Vergleich zur Dynamik der digitalen Entwicklung hinkt das regulatorische Rahmenwerk noch hinterher. Die FINMA hat erkannt, dass die aktuelle Regulierung Fintech-Startups mit grossen Herausforderungen konfrontiert und dass deren Mitstreiter in anderen Ländern grösserer Entwicklungsspielraum gewährt wird. Bereits im März 2016 hat die FINMA die Video- und Online-Identifizierung von Bankkunden ermöglicht. Weiter arbeitet sie an einer sogenannten Banklizenz light. Diese erhält, wer kein bankentypisches Geschäft betreibt, aber gewisse Elemente der Banktätigkeit benötigt. Diskutiert wird auch ein völlig bewilligungsfreies Entwicklungsfeld («Sandbox») für Jungunternehmen bis zu einer Schwelle von CHF 200'000 Einlagen. Mit diesen Ideen kommt die FINMA Forderungen aus der Fintech-Branche nach. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde im April 2016 vom Bundesrat beauftragt, den regulatorischen Handlungsbedarf im Bereich innovativer Finanztechnologien zu prüfen. Ebenfalls hat der Bundesrat im April die Strategie für eine digitale Schweiz verabschiedet. Diese Dachstrategie soll eine abgestimmte Koordination der verschiedenen Projekte und laufenden Arbeiten in den Departementen sicherstellen.

## 2 Geschäftserfolg der Banken

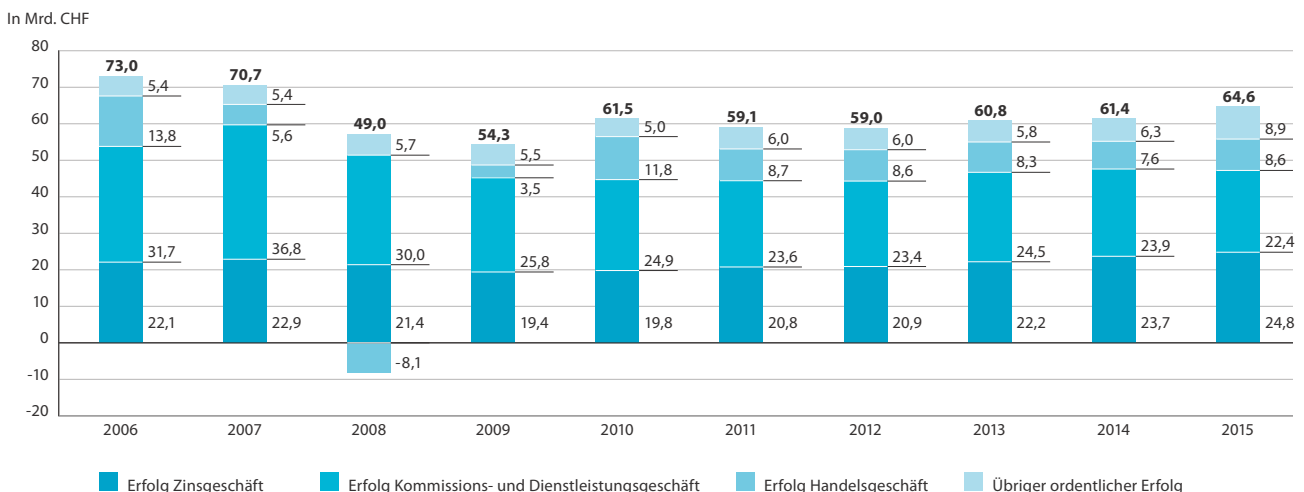
Im Jahr 2015 haben 228 der insgesamt 266 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn erzielt. Die Gewinne summierten sich auf CHF 19,6 Mrd. und waren somit CHF 5,7 Mrd. höher als im Jahr zuvor (+41,0 %). Die Verluste der unprofitablen Institute reduzierten sich um CHF 3,0 Mrd. auf CHF 3,8 Mrd. (-44,1 %). Der aggregierte Jahresgewinn der Branche betrug somit CHF 15,8 Mrd. Einen grossen Einfluss auf das Ergebnis hatten die hohen ausserordentlichen Erträge einer Grossbank aufgrund eines konzerninternen Beteiligungsverkaufs in der Höhe von CHF 10,7 Mrd. Die Banken entrichteten Steuern in der Höhe von CHF 2,2 Mrd. (12,3 % weniger als 2014). Der aggregierte Geschäftserfolg<sup>3</sup> belief sich 2015 auf CHF 64,6 Mrd. (+5,0 %). Innerhalb der Bilanzen trug der Erfolg aus dem Zinsgeschäft<sup>4</sup> mit 38,4 Prozent oder CHF 24,8 Mrd. den grössten Teil zum Erfolg bei. Trotz des weiter bestehenden Tiefzinsumfelds konnte der Ertrag aus dem Zinsgeschäft somit im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert werden (+4,7 %). Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft machte 2015 34,7 Prozent vom Erfolg aus und ging abermals zurück (-6,0 %). Der Handelserfolg (+12,0 %) und der übrige ordentliche Erfolg (+41,8 %) haben im Vergleich zum Vorjahr zugelegt.

### 2.1 Entwicklungen im Jahr 2015

Der aggregierte Geschäftserfolg setzt sich aus den Erfolgen aus Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelserfolg sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen und ist 2015 um 5,0 Prozent auf CHF 64,6 Mrd. gestiegen. 2014 betrug das Wachstum gegenüber dem Vorjahr 1,2 Prozent. Insgesamt kann damit auf eine stabile Erfolgsentwicklung geschlossen werden.

Abb. 2

#### Erfolg nach Geschäftsbereichen



<sup>3</sup> Basierend auf den SNB-Daten zu den statutarischen Einzelabschlüssen der Banken (Stammhaus). Die statutarischen Einzelabschlüsse umfassen die Geschäfte der Sitze in der Schweiz sowie der rechtlich unselbstständigen in- und ausländischen Filialen. Sie können von den publizierten Geschäftsberichten abweichen, weil diese die rechtlich selbstständigen Tochterfirmen einschliessen (insbesondere für Grossbanken).

<sup>4</sup> Als Basis dient der Brutto-Erfolg aus dem Zinsgeschäft, um die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren 2006 bis 2014 zu gewährleisten.

Das Niedrigzinsumfeld setzte das Zinsdifferenzgeschäft der Banken auch 2015 unter Druck. Trotz des niedrigen Zinsniveaus ist es seit 2010 gelungen, den Erfolg aus dem Zinsgeschäft zu steigern. 2015 trug dieser mit 38,4 Prozent den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei und hat damit den Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft übertroffen. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft erhöhte sich von CHF 23,7 Mrd. im Jahr 2014 auf CHF 24,8 Mrd. im Jahr 2015 (+4,6 %). Der positive Saldo ergibt sich aus einem verminderten Zinsertrag und einem noch stärker gesunkenen Zinsaufwand: Während der Zins- und Diskontertrag (-CHF 366 Mio.), der Zins- und Dividendenertrag aus Finanzanlagen (-CHF 18 Mio.) sowie der Zins und Dividendenertrag aus Handelsbeständen (-CHF 253 Mio.) abnahmen, reduzierte sich der Zinsaufwand um CHF 1,7 Mrd.

Das Zinsgeschäft steuert den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei

Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft stellt mit 34,7 Prozent den zweitwichtigsten Posten am Gesamterfolg dar. Er ist 2015 mit -6,0 Prozent erneut gesunken und beträgt noch CHF 22,4 Mrd. Die Abnahme entspricht dem Trend seit 2007 mit Ausnahme des Jahres 2013. Der Rückgang ist auf die gesunkenen Kommissionserträge aus dem Wertschriften- und Anlagegeschäft zurückzuführen. Diese gingen von CHF 22,2 Mrd. auf CHF 20,9 Mrd. zurück. Rückläufig waren ebenso die Kommissionserträge aus dem Kreditgeschäft (-CHF 0,1 Mrd. auf CHF 1,9 Mrd.) und die Kommissionen aus den übrigen Dienstleistungen (-CHF 0,2 Mrd. auf CHF 4,2 Mrd.). Der Aufwand für Kommissionen und Dienstleistungen reduzierte sich ebenfalls um CHF 0,1 Mrd. auf CHF 4,7 Mrd.

Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft weiterhin abnehmend

Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft stieg im Jahr 2015 um CHF 1 Mrd. beziehungsweise 12,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und machte mit CHF 8,6 Mrd. 13,2 Prozent am Gesamterfolg aus. Dazu beigetragen haben die hohe Volatilität der Märkte und die daraus folgende höhere Kundenaktivität. Die Volatilität sowie die Kundenaktivität nahmen insbesondere als Reaktion auf die Aufhebung des Mindestkurses des Francs zum Euro sowie der Verschärfung der Negativzinsen auf Giro Guthaben durch die SNB am 15. Januar 2015 (vgl. Kapitel 1.1) zu. Der Handelserfolg setzt sich aus dem Saldo aus den Handelsaktivitäten mit Geldmarktanlagen, Devisen, Edelmetallen, Effekten und derivativen Instrumenten zusammen. Dabei umfasst das Geschäft sowohl das reine Kundengeschäft als auch die Eigenbestände der Bank.

Handelsgeschäft legt zu

Der Anteil am Gesamterfolg durch den übrigen ordentlichen Erfolg erhöhte sich im Jahr 2015 von 10,2 Prozent auf 13,7 Prozent. Der übrige ordentliche Erfolg (enthält unter anderem Beteiligungsertrag, Liegenschaftserfolg und Erfolg aus Veräusserungen von Finanzanlagen) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 2,6 Mrd. auf CHF 8,9 Mrd. (+41,8 %).

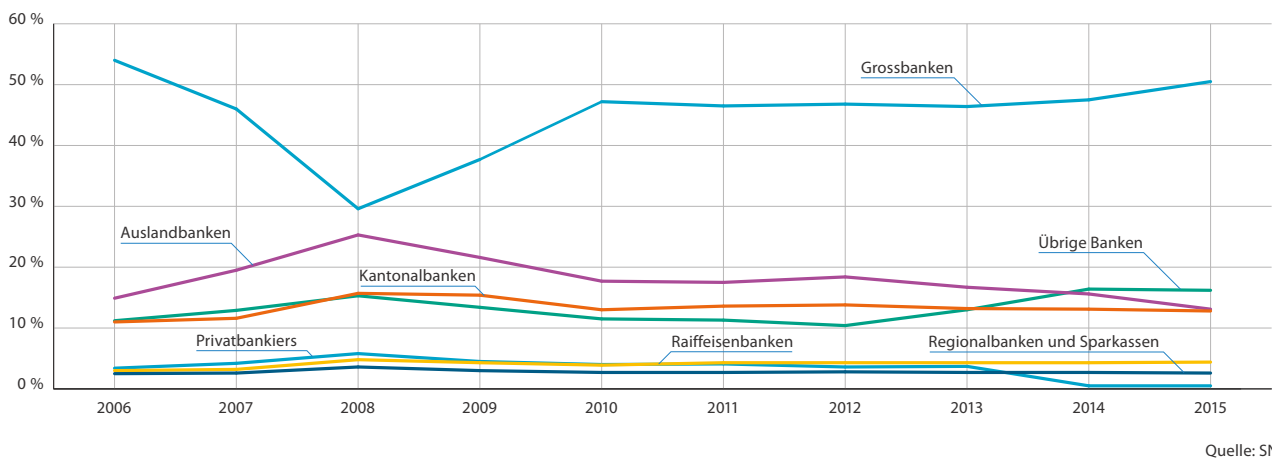
Anstieg des übrigen ordentlichen Erfolgs

Die Erfolgsanteile der Bankengruppen haben sich 2015 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Während die Grossbanken ihren Anteil am Erfolg auf 50,5 Prozent steigerten, reduzierten die Auslandsbanken ihren Anteil von 15,6 Prozent auf 13,1 Prozent. Die Anteile der restlichen Bankengruppen blieben im wesentlichen unverändert: Die Kantonalbanken hatten einen Anteil von 12,8 Prozent, die Raiffeisenbanken von 4,4 Prozent, die Regionalbanken und Sparkassen von 2,6 Prozent und die Privatbankiers von 0,5 Prozent. Die übrigen Banken, bestehend aus den Gruppen «Andere Banken» und Börsenbanken, wiesen einen gegenüber dem Vorjahr unveränderten Erfolgsanteil von 16,2 Prozent auf.

Erfolgsanteile der Bankengruppen



## Erfolg nach Bankengruppen



Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken in der Schweiz nahm 2015 um 5,7 Prozent ab und summierte sich auf CHF 19,9 Mrd. Der Rückgang wurde massgeblich durch den starken Anstieg des Geschäftsaufwands der Grossbanken beeinflusst (+CHF 4.3 Mrd. auf CHF 23,5 Mrd.). Die Ertrags- und Gewinnsteuern fielen 2015 mit CHF 2,2 Mrd. um 12,3 Prozent niedriger aus als noch ein Jahr zuvor.

| Abnahme der Gewinnsteuern

Im Jahr 2015 verzeichneten von den 266 Banken in der Schweiz 228 Banken einen Jahresgewinn<sup>5</sup> und 38 Banken einen Jahresverlust. Im Jahr zuvor hatten von den 275 erfassten Banken 246 einen Gewinn erreicht.

| Zunahme der aggregierten Jahresgewinne

Der Anteil an Banken mit einem Gewinn ist demnach 2015 von 89,5 auf 85,7 Prozent gefallen, die Summe der Jahresgewinne erhöhte sich aber um CHF 5,7 Mrd. auf CHF 19,6 Mrd. Die Summe der Jahresverluste reduzierte sich um CHF 3,0 Mrd. auf CHF 3,8 Mrd. Daraus resultierte ein positiver aggregierter Gewinnsaldo von CHF 15,8 Mrd. (2014: CHF 7,4 Mrd.), was mehr als einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Jahresgewinne wurden massgeblich durch eine Grossbank bestimmt. Diese wies hohe ausserordentliche Erträge aufgrund eines konzerninternen Beteiligungsverkaufs in der Höhe von CHF 10,7 Mrd. aus. Die ausländisch beherrschten Banken wiesen, verglichen mit früheren Jahren, einen deutlich unterdurchschnittlichen Gewinn aus. Dies deutet darauf hin, dass die Jahresverluste namentlich durch die ausländisch beherrschten Banken realisiert wurden.

## 2.2 Entwicklungen im Jahr 2016

Insgesamt sank der Handelsumsatz im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 8,7 Prozent auf CHF 687,1 Mrd. Dieser Rückgang war die Folge unterschiedlicher Entwicklungen in den ersten Monaten der Jahre 2015 und 2016. Im Jahr 2015 führte im ersten Quartal die Aufhebung des Mindestkurses zu einem überdurchschnittlich starken Anstieg der Handelsaktivitäten, nicht zuletzt aufgrund von Portfolioumschichtungen. Im Jahr 2016 dagegen prägten wirtschaftliche und geopolitische Unsicherheiten sowie die Volatilität an den globalen Märkten die Anlegerstimmung, was zu einer erhöhten Risikoaversion bei den Kunden und damit zu einer Einschränkung der Handelsaktivitäten führte. Die Wertschriftenumsätze haben bis Ende Mai 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Prozent abgenommen.

| Tiefere Handelsaktivität auf Wertschriftenmärkten im ersten Halbjahr

<sup>5</sup> Der Jahresgewinn resultiert aus Bruttogewinn abzüglich «Abschreibungen auf dem Anlagevermögen», «Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste», «ausserordentlicher Aufwand», «Steuern» und zuzüglich dem «ausserordentlichen Ertrag».

Der jährliche Stresstest der EU-Bankenaufsichtsbehörde vom Juni 2016 bei 51 Geldhäusern hat für eine gewisse Entwarnung gesorgt. Gemäss der Untersuchung sind Europas Banken gegenüber neuen Krisen grundsätzlich gewappnet. Einzig in Italien und Irland finden sich Banken, deren Kernkapitalquote Anlass zur Sorge gibt. Zu beachten bei den Ergebnissen ist, dass im Gegensatz zum Jahr 2014 keine Grenzwerte für die Kernkapitalquote gesetzt wurden und somit keine Bank den Test nicht bestehen konnte. Der Grund liegt darin, dass der Stresstest vor allem einen Gesamteindruck über die Widerstandsfähigkeit der Banken vermitteln soll.

Grundsätzliche  
Widerstandsfähigkeit der  
europäischen Banken

Durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Europa ist damit zu rechnen, dass der Schweizer Franken seine Stärke gegenüber dem Euro vorerst beibehalten wird. Verstärkt wird das wirtschaftlich schwierige Umfeld durch die Abschwächung des Wirtschaftswachstums in China und in den Schwellenländern. Der Austrittsentscheid Grossbritanniens aus der EU setzt den Schweizer Franken weiter unter (Aufwärts-)Druck und schränkt damit den Handlungsspielraum der SNB in der Zinspolitik ein. Alles deutet darauf hin, dass die SNB die Negativzinspolitik weiter fortsetzt. Für die Banken bedeutet dies, dass im Jahr 2016 der Margendruck durch das niedrige Zinsumfeld erhalten bleibt.

Wirtschaftliche Unsicherheiten  
sorgen für erschwerte  
Rahmenbedingungen

## 3 Bilanzgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz sank im Jahr 2015 von CHF 3'041,7 Mrd. auf CHF 3'026,1 Mrd. (-0,5 %). Einen massgeblichen Einfluss hatten die Rückgänge der Grossbanken (-CHF 36,0 Mrd.) sowie der ausländisch beherrschten Banken (-CHF 33,2 Mrd.). Die Hypothekarforderungen stellten auch 2015 mit einem Anteil von 31,2 Prozent den bedeutendsten Aktivposten dar. Die flüssigen Mittel betragen per Ende 2015 CHF 468,9 Mrd. Im Jahr 2006 lagen diese noch bei CHF 18,2 Mrd. Die Währungsinterventionen der SNB haben einen Einfluss auf die Zusammensetzung der Aktiven. Die Giro Guthaben der Banken bei der SNB steigen seit der Einführung des Mindestkurses im Herbst 2011 kontinuierlich an. Lediglich 2014 war eine Abschwächung dieses Trends zu beobachten. Auch die weitere Senkung der Zinsen um 0,5 Prozentpunkte auf -0,75 Prozent im Jahr 2015 hat an diesem mehrjährigen Trend nichts geändert: 2015 nahmen die Giro Guthaben um 24,0 Prozent zu.

Während Banken im Ausland ihre Kreditvergabe in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise drosselten, unterstützten die Banken in der Schweiz die heimische Wirtschaft ungebrochen mit Krediten. Das Total des ausstehenden inländischen Kreditvolumens betrug im Jahr 2015 CHF 1'076,4 Mrd., was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 0,4 Prozent entspricht. Das Wachstum der inländischen Hypothekarforderungen entsprach in den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 1,2 Prozent.

### 3.1 Entwicklungen im Jahr 2015

#### 3.1.1 Entwicklung der Bilanzen

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz sank im Jahr 2015 von CHF 3'041,7 Mrd. auf CHF 3'026,1 Mrd., also um 0,5 Prozent. Einen massgeblichen Einfluss hatten die Rückgänge bei den Grossbanken sowie bei den ausländisch beherrschten Banken. Ein Grund dafür liegt im Rückgang der in Euro verbuchten Auslandsforderungen und -verpflichtungen durch die Tieferbewertung der Bestände in Euro infolge der Aufhebung des Mindestkurses im Januar 2015. Die Bilanzsummen der Raiffeisenbanken, der Kantonalbanken sowie der Filialen ausländischer Banken verzeichneten einen Anstieg.

Leichter Rückgang der Bilanzsumme

Von 2008 bis 2013 hat sich die aggregierte Bilanzsumme der Grossbanken – mit einer Ausnahme im Jahr 2010 – jährlich verringert (total: -29,9 %). Im Jahr 2014 nahm die Bilanzsumme erstmals wieder zu (+10,4 %). 2015 setzt sich der negative Trend der Vorjahre wieder fort und die Bilanzsumme sank um CHF 36,0 Mrd. (-2,5 %). Zusätzlich zum Währungseffekt dürften auch die strukturellen Anpassungen bei den beiden Grossbanken diese Bilanzentwicklung begünstigt haben.

Verkleinerung der Bilanzen der Grossbanken

Die vor allem inländisch orientierten Raiffeisenbanken, Kantonalbanken sowie Regionalbanken und Sparkassen verzeichneten im Jahr 2015 eine Zunahme der Bilanzsumme. Die aggregierte Bilanzsumme der Raiffeisenbanken nahm gegenüber dem Vorjahr um 9,0 Prozent, diejenige der Kantonalbanken um 2,8 Prozent und diejenige der Regionalbanken und Sparkassen um 3,7 Prozent zu. Bei den genannten Bankengruppen führte insbesondere das Wachstum der Hypothekarforderungen zu einer Verlängerung der Bilanzen.

Anstieg der Bilanzsummen bei Kantonal-, Raiffeisen- sowie Regionalbanken und Sparkassen

## Bilanzsumme nach Bankengruppen

	Anzahl Institute		Bilanzsumme (Mrd. CHF)		Entwicklung Bilanzsumme	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Kantonalbanken	24	24	522,6	537,4	5,5 %	2,8 %
Grossbanken	2	3	1'460,2	1'424,2	10,4 %	-2,5 %
Regionalbanken und Sparkassen	63	62	109,0	113,1	2,4 %	3,7 %
Raiffeisenbanken	1	1	185,7	202,4	7,0 %	9,0 %
Auslandbanken	118	111	353,5	333,7	-1,1 %	-5,6 %
Privatbankiers	7	7	7,4	6,7	-88,7 %	-9,5 %
Börsenbanken	47	44	206,7	210,1	47,7 %	1,6 %
Andere Banken	13	14	196,6	198,6	4,4 %	1,0 %
<b>Total</b>	<b>275</b>	<b>266</b>	<b>3'041,7</b>	<b>3'026,2</b>	<b>6,8 %</b>	<b>-0,5 %</b>

Quelle: SNB

Die Auslandbanken verzeichneten im Jahr 2015 eine Verkürzung der Bilanzsumme von CHF 353,5 Mrd. auf CHF 333,7 Mrd., was einer Reduktion von 5,6 Prozent entspricht. Während die Bilanzsumme der nunmehr nur noch 85 ausländisch beherrschten Banken um CHF 33,2 Mrd. zurückging, verzeichnete die Bilanzsumme der Filialen ausländischer Banken einen Anstieg um CHF 13,5 Mrd. Die zweite Bankengruppe, die im Jahr 2015 eine verkürzte Bilanz auswies, war die Gruppe der Privatbankiers. Bei dieser Gruppe reduzierte sich die Bilanz um CHF 0,7 Mrd. auf CHF 6,7 Mrd. (-9,5 %).

Bilanzsumme der Auslandbanken und Privatbankiers gesunken

Die in- und ausländischen Hypothekarforderungen erhöhten sich 2015 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent auf CHF 943,2 Mrd. Damit blieben die Hypothekarforderungen auch 2015 mit einem Anteil von rund 31,2 Prozent der bedeutendste Aktivposten der Banken in der Schweiz. Die Wachstumsrate liegt unter denjenigen der Vorjahre. Dies dürfte auch auf die getroffenen Massnahmen im Hypothekarbereich, darunter die Anpassungen der Selbstregulierungen der Banken im Jahr 2014, zurückzuführen sein.

Hypothekarforderungen nehmen die grösste Aktivposition ein

Mit einem Anteil von 19,6 Prozent an den gesamten Aktiven stellten die Forderungen gegenüber Kunden den zweitgrössten Posten dar. Die Forderungen reduzierten sich 2015 um CHF 58,5 Mrd. (-9,0 %) auf CHF 594,4 Mrd. Gegenüber inländischen Kunden sanken sie um CHF 19,8 Mrd. (-11,6 %) und gegenüber ausländischen Kunden um CHF 38,6 Mrd. (-8,0 %). Diese Reduktion ist hauptsächlich auf die Einführung der neuen Bilanzposition «Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften» zurückzuführen. Vor 2015 war diese Position Teil der Forderungen gegenüber Kunden. Werden die Werte für 2015 um die Wertpapierfinanzierungsgeschäfte bereinigt, dann resultiert eine Reduktion der Bilanzposition Forderungen gegenüber Kunden von 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.<sup>6</sup> Dafür ist hauptsächlich die Abnahme der Forderungen gegenüber inländischen Kunden bei den Grossbanken verantwortlich. Bei den Forderungen gegenüber ausländischen Kunden legten die Grossbanken hingegen zu (+2,0 %), während die ausländisch beherrschten Banken einen Rückgang von 13,9 Prozent verzeichneten.

Abnahme der Forderungen gegenüber Kunden

<sup>6</sup> Vgl. SNB, 2016, *Die Banken in der Schweiz 2015*.

Die flüssigen Mittel nahmen um CHF 43,0 Mrd. auf CHF 468,9 Mrd. zu (+10,1 %). Diese Veränderung besteht im Wesentlichen aus einer Zunahme der in Schweizer Franken denominierten Bestände (+24,3 %) und einer Abnahme der in US-Dollar denominierten Beständen (-40,2 %). Der starke Anstieg flüssiger Mittel im Inland ist zu einem grossen Teil auf Devisenkäufe der SNB zurückzuführen. | Zunahme der flüssigen Mittel

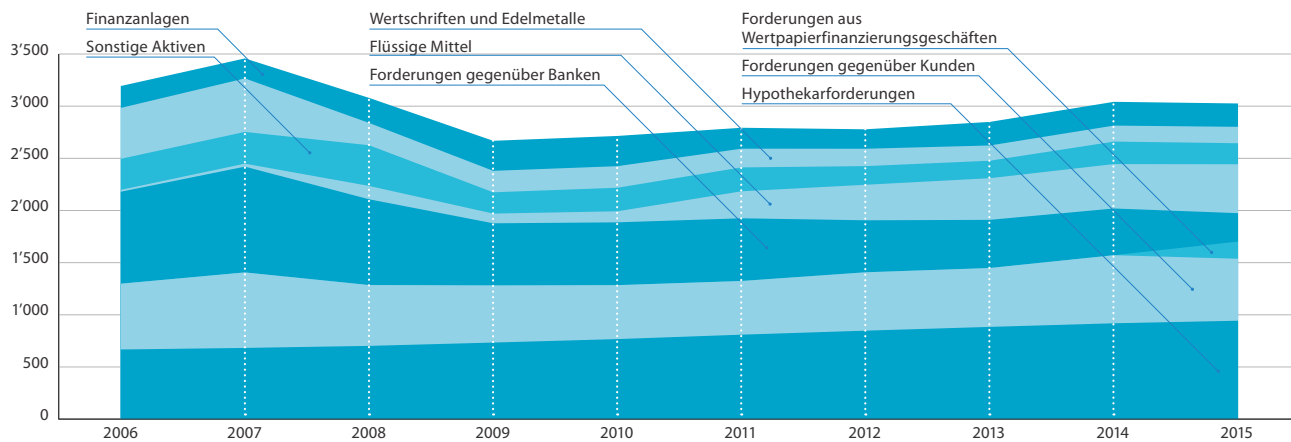
Bei der Zusammensetzung der Aktiven gab es zwischen 2006 und 2015 markante Veränderungen. Die flüssigen Mittel verzeichneten zwischen 2006 und 2015 eine enorme Zunahme. Während deren Bestand 2006 bei CHF 18,2 Mrd. lag, umfasste er per Ende 2015 CHF 468,9 Mrd. Zur starken Zunahme trugen mehrere Faktoren bei: Zum einen waren die Interventionen der SNB zur Bekämpfung der Frankenstärke ausschlaggebend, da die SNB beim Verkauf von ausländischen Devisen den Gegenwert in Schweizer Franken den Girokonten der Gegenpartei gutschreibt. Zum anderen diente während der Finanzkrise und dem dadurch nur sehr erschwert funktionierenden Interbankenmarkt die hohe Liquidität als notwendiges Sicherheitspolster. Ausserdem waren durch die tiefen Zinsen die Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung gering, weshalb die Banken viel Liquidität auf den Girokonten bei der SNB deponierten. Die Banken haben ihre Giro Guthaben bei der SNB von rund CHF 40 Mrd. im Jahr 2010 auf CHF 309 Mrd. im Jahr 2014 ausgedehnt. 2015 wuchsen die Giro Guthaben weiter auf CHF 386 Mrd. (+24,9 %). Zudem erneuerte die SNB auslaufende Repos<sup>7</sup> und SNB Bills<sup>8</sup> nicht mehr und kaufte ausstehende SNB Bills zurück. Aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage während der Finanz- und Wirtschaftskrise deponierten die Banken ihre Überschussliquidität vermehrt bei der SNB, selbst wenn die deponierten Mittel nur sehr gering verzinst wurden. Kontinuierlich zugenommen haben zwischen 2006 und 2015 auch die in- und ausländischen Hypothekarforderungen (+41,3 %, von CHF 667,4 Mrd. auf CHF 943,2 Mrd.). Ihr Anteil an den gesamten Aktiven hat sich von 20,9 Prozent auf 31,2 Prozent per Ende 2015 erhöht. Grund dafür sind die anhaltend tiefen Zinsen und die hohe Nachfrage nach Immobilien. 2006 machten die Forderungen gegenüber Banken 27,6 Prozent gemessen an den Gesamtaktiven aus. 2015 lag der Anteil noch bei 9,0 Prozent (2006: CHF 881,2 Mrd., 2015: CHF 271,9 Mrd.). Die ausgeprägte Reduktion im Jahr 2015 (-39,0 %) gegenüber dem Vorjahr hängt auch mit geänderten Rechnungslegungsvorschriften zusammen. Wird der Wert aus dem Jahr 2014 um diese Änderung bereinigt, dann beträgt die Reduktion von 2014 zu 2015 noch 20,0 Prozent. Diese Reduktion ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Banken ihre Bilanzen bewusst verkürzten (Deleveraging), indem sie die Verflechtungen mit anderen Banken reduzierten. In der Vergangenheit war diese Reduktion vor allem durch den nur erschwert funktionierenden Interbankenmarkt getrieben. Im Zeitraum von 2006 bis 2015 verzeichneten die Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen eine Abnahme um 67,7 Prozent (2006: CHF 488,2 Mrd., 2015: CHF 157,6 Mrd.). Ihr Anteil an den Gesamtaktiven ist von 15,3 Prozent auf 5,2 Prozent gefallen. Diese stetige Reduktion spiegelt die anhaltenden strategischen Bemühungen der Banken, ihre Bilanzen zu verkürzen beziehungsweise die risikogewichteten Aktiva zu reduzieren, wider. | Grundlegende Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktiven seit 2006

<sup>7</sup> Beim Repogeschäft verkauft der Geldnehmer Wertpapiere an den Geldgeber und verpflichtet sich gleichzeitig dazu, Wertpapiere gleicher Gattung und Menge zu einem späteren Zeitpunkt zurückzukaufen. Dieses wichtige geldpolitische Instrument dient der SNB zur Steuerung der Liquidität am Geldmarkt.

<sup>8</sup> Schuldverschreibungen der SNB mit Laufzeit bis zu einem Jahr, welche seit 2007 Teil des geldpolitischen Instrumentariums sind und der Steuerung der Giro Guthaben zur Abschöpfung von Liquidität dienen.

## Zusammensetzung der Bankaktiven

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

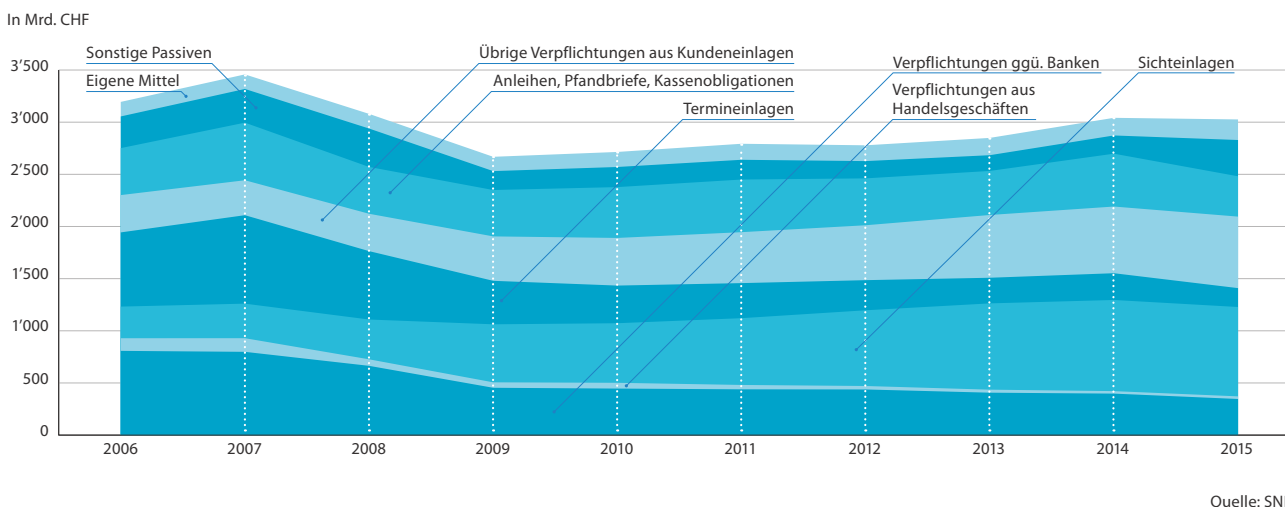
Die aggregierten Kundengelder, welche die Verpflichtungen aus Einlagen auf Sicht, die Termineinlagen und übrige Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfassen, reduzierten sich 2015 um CHF 46,3 Mrd. (-2,6 %) auf CHF 1'723,3 Mrd. Die Sichteinlagen und die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen sind mit Anteilen von 28,0 und 23,0 Prozent die zwei grössten Passivposten. Die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen enthalten die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform. Aufgrund der neuen Rechnungslegungsvorschriften weist die SNB Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform nicht mehr gesondert aus, sondern zählt sie zu den Verpflichtungen aus Kundeneinlagen. Die Position «übrige Verpflichtungen aus Kundeneinlagen» wird gebildet, indem vom Total der Kundeneinlagen die Sicht- und Termineinlagen abgezogen werden. Die Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen gingen im Jahr 2015 um 23,7 Prozent auf CHF 386,6 Mrd. zurück. Ein Teil des Rückgangs ist darauf zurückzuführen, dass mit den neuen Rechnungslegungsvorschriften für gewisse Verbindlichkeiten die Fair-Value-Option angewendet wurde. Diese Verbindlichkeiten werden neu unter «Verpflichtungen aus übrigen Finanzinstrumenten mit Fair-Value-Bewertung» verbucht. In der Abbildung 6 sind sie allerdings unter «Sonstige Passiven» eingeordnet, um den Vergleich mit den Vorjahren zuzulassen. Die Verpflichtungen gegenüber Banken setzten ihren langjährigen Trend fort und reduzierten sich um 13,0 Prozent auf CHF 346,2 Mrd. Auch hier ist ein Teil der Reduktion gegenüber dem Vorjahr auf die geänderten Rechnungslegungsvorschriften zurückzuführen. Die um diesen Effekt bereinigte Reduktion beträgt 4,0 Prozent.

Abnehmende Kundengelder  
auf der Passivseite im Jahr 2015

Die Verpflichtungen gegenüber Banken stellten 2006 mit 25,3 Prozent anteilmässig noch den grössten Passivposten dar, haben seither aber um 57,1 Prozent auf CHF 346,2 Mrd. abgenommen. Dies zeigt, dass die Bankenverflechtungen – insbesondere im Inland – abgenommen haben. Die aufgrund des tiefen Zinsniveaus erfolgten Umschichtungen hin zu Sichteinlagen sind in Abbildung 6 ersichtlich. So nahmen die Sichteinlagen zwischen 2006 und 2015 von CHF 303,3 Mrd. auf CHF 856,8 Mrd. zu. Ihr Anteil an den Gesamtpassiven stieg von 9,5 Prozent im Jahr 2006 auf 28,3 Prozent im Jahr 2015. Damit stellten sie per Ende 2015 die grösste Passivposition dar. Gleichzeitig sank der Anteil der Termineinlagen von 22,3 Prozent im Jahr 2006 auf 6,0 Prozent im Jahr 2015.

Zusammensetzung der  
Passiven über die Zeit:  
abschwächender Trend  
der zinsbedingten  
Umschichtungen

## Zusammensetzung der Passiven



### 3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts

Das Kreditgeschäft der inländischen Banken ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Während der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ist es in diversen europäischen Ländern wie Frankreich oder Grossbritannien zu einer starken Drosselung der Kreditvergabe gekommen. Dagegen stellten die Banken in der Schweiz auch zu dieser Zeit der hiesigen Wirtschaft stets ausreichend Kredite zur Verfügung.

Kreditvergabe auch während der Finanzkrise intakt

Das total ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2015 CHF 1'076,4 Mrd. Davon stammten CHF 151,8 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden (Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Konsumkredite) und CHF 924,7 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Wie in Abbildung 7 ersichtlich, haben über die letzten Jahre vor allem die Hypothekarkredite zum konstanten Wachstum des inländischen Kreditvolumens beigetragen. Die ausstehenden ungedeckten Kredite, die eine hohe Volatilität aufweisen, haben 2015 um 9,2 Prozent abgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2015 um 0,4 Prozent zu. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite fiel 2015 mit 2,6 Prozent geringer aus als in den beiden Jahren zuvor (2013: +4,2 %, 2014: +3,6 %). Dies dürfte auch den von den Banken getroffenen Massnahmen im Hypothekarbereich, darunter die Anpassungen der Selbstregulierungen, zuzuschreiben sein.

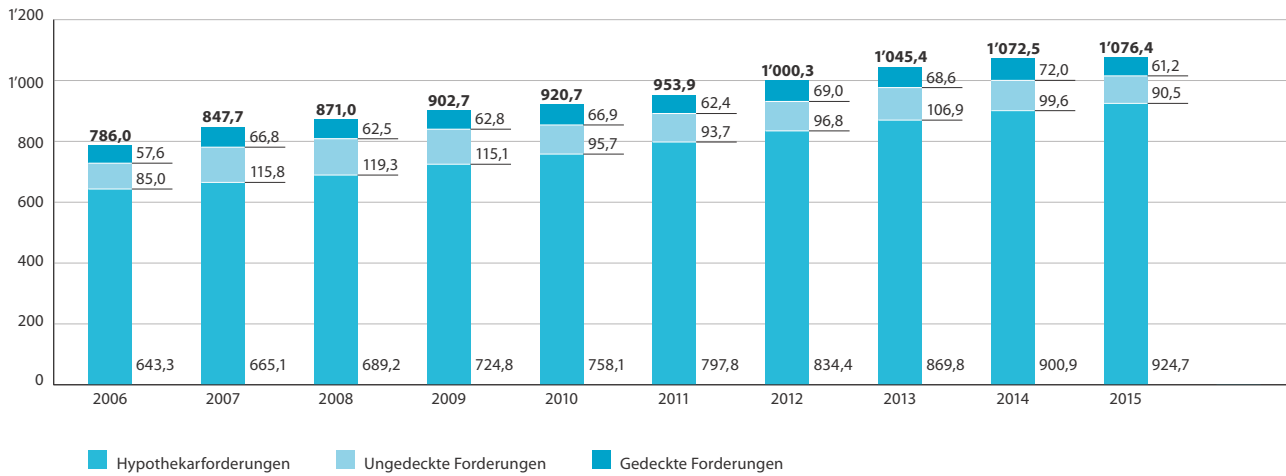
Leichter Anstieg des Kreditvolumens im Inland

Auffallend ist der deutliche Rückgang der gedeckten und ungedeckten Forderungen. Diese sind von CHF 171,6 Mrd. um 11,5 Prozent auf CHF 151,8 Mrd. gesunken. Damit erreicht diese Position den niedrigsten Stand seit 2006. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass das generelle wirtschaftliche Umfeld zu einer sinkenden Investitionsneigung führen könnte.

Abb. 7

## Inländisches Kreditvolumen

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Die gesamthaft ausstehenden Hypothekarkredite erhöhten sich im Jahr 2015 um 2,7 Prozent auf CHF 943,2 Mrd. Die grosse Mehrheit davon (CHF 924,7 Mrd.) stammte von inländischen Kunden. Wiederum 75,5 Prozent waren Hypothekarforderungen, die an private Haushalte vergeben wurden. Das nach wie vor tiefe Zinsniveau trug dazu bei, dass der Wachstumstrend der inländischen Hypothekarforderungen anhielt (+2,6%), wobei die Zunahme 2015 nicht so stark ausfiel wie im Vorjahr. Der Anteil der festverzinslichen Hypothekarkredite an den ausstehenden Hypothekarkrediten betrug im Jahr 2015 79,2 Prozent. Der durchschnittliche Zinssatz der ausstehenden inländischen Hypothekarforderungen sank im Jahr 2015 nochmals von 1,89 auf 1,77 Prozent.

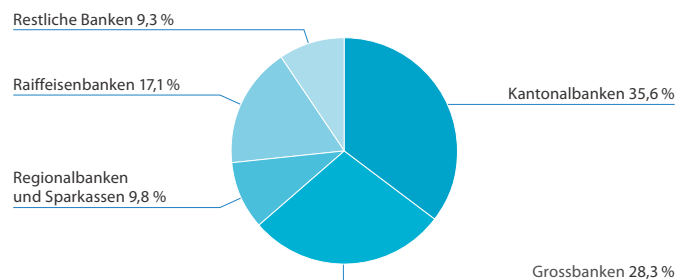
Private Haushalte beanspruchen 2015 drei Viertel der gesamten Hypothekarforderungen

Der Marktanteil der Kantonalbanken am inländischen Hypothekarkreditvolumen betrug Ende 2015 etwas mehr als ein Drittel. Dahinter folgten die Grossbanken mit 28,3 Prozent (siehe Abbildung 8). Über die letzten Jahre sind vor allem die Marktanteile im inländischen Hypothekarkreditmarkt der Grossbanken sowie der Regionalbanken und Sparkassen weniger stark gewachsen, während vor allem die Raiffeisenbanken sowie die restlichen Banken Marktanteile gewonnen haben.

Kantonalbanken halten den grössten Anteil am inländischen Hypothekarkreditmarkt

Abb. 8

## Marktanteile am inländischen Hypothekarkreditmarkt



Quelle: SNB



Aufgegliedert nach Belehnungsgruppen betrug der Anteil der inländischen Hypothekarforderungen im ersten Rang im Jahr 2015 91,7 Prozent. Die Belehnungsgruppe «erster Rang» umfasst Hypothekarforderungen bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes der jeweiligen Immobilie. Dieser Wert lag im Vorjahr bei 91,6 Prozent. Zwischen den verschiedenen Bankengruppen können dabei keine relevanten Unterschiede festgestellt werden. Der hohe Anteil des Hypothekarkreditvolumens im ersten Rang weist auf die vorsichtige Vergabe im Bereich der Hypothekarkredite hin.

Hypothekarkredite im ersten Rang deutlich stärkste Belehnungsgruppe

Konsumkredite haben in der Schweiz nach wie vor eine relativ geringe Bedeutung. Insgesamt waren per Ende 2015 541'201 Kredite mit einem Volumen von CHF 7,4 Mrd. ausstehend. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme des Volumens um 1,9 Prozent. Jedoch gaben die Aktienkurse der spezialisierten Banken nach dem Bundesratsentscheid, den Höchstzinssatz für Konsumkredite per 1. Juli 2016 auf zehn Prozent zu senken, stark nach.

Steigende Nachfrage nach Konsumkrediten

## 3.2 Entwicklungen im Jahr 2016

Entgegen der Entwicklung im Jahr 2015 hat die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz in den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 um 2,0 Prozent zugenommen (Dezember 2015: CHF 3'117,6 Mrd. auf Mai 2016: CHF 3'180,8 Mrd.).<sup>9</sup> Von dieser Entwicklung waren alle Bankengruppen betroffen. Die Hypothekarforderungen als grösster Aktivposten nahmen in den ersten fünf Monaten um 1,2 Prozent zu und die Sichteinlagen als grösster Passivposten erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 3,8 Prozent.

Anstieg der Bilanzsumme

Auf der Passivseite haben die Verpflichtungen gegenüber Banken um 2,4 Prozent auf CHF 368,3 Mrd. abgenommen. Die Sichteinlagen legten in den ersten fünf Monaten um CHF 33,9 Mrd. von CHF 885,0 Mrd. auf CHF 918,9 Mrd. zu (+3,8 %). Die Termineinlagen stiegen im gleichen Zeitraum um CHF 11,0 Mrd. von CHF 182,9 Mrd. auf 193,9 Mrd. (+6,0 %). Dies dürfte auf die generell erhöhte Risikoaversion, wie sie sich auch in den geringeren Handelsaktivitäten manifestierte, zurückzuführen sein. Die übrigen Verpflichtungen gegenüber Kundeneinlagen sanken hingegen um 2,2 Prozent auf CHF 678,5 Mrd. Insbesondere die Zunahme bei den Sichteinlagen deutet darauf hin, dass die Bankkunden ihren Bestand an liquiden Mitteln weiter ausbauen. Die eigenen Mittel stiegen um CHF 8,52 Mrd. von CHF 188,6 Mrd. auf CHF 197,1 Mrd. (+4,5 %). Die Anleihen und Pfandbriefdarlehen nahmen um 7,8 Prozent zu. Hingegen verzeichnete die Position Kassenobligationen einen Rückgang von 6,1 Prozent.

Verpflichtungen gegenüber Banken rückläufig, Sichteinlagen steigen weiter an

Auf der Aktivseite setzten die Hypothekarkredite ihren Vorjahrestrend in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres fort. Sie sind auf CHF 966,8 Mrd. angestiegen – trotz der Einschätzung der SNB, dass die Ungleichgewichte am Hypothekar- und Wohnliegenschaftsmarkt leicht zugenommen haben. Die gedeckten Forderungen blieben nahezu unverändert, während die ungedeckten Forderungen um 3,3 Prozent auf CHF 93,9 Mrd. angestiegen sind. Die Phase der tiefen Zinsen dürfte wegen den anhaltenden wirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheiten weiter andauern. Zusätzlich drängen branchenfremde Akteure wie beispielsweise Versicherungen in den Markt und bieten Kredite zu kompetitiven Zinsen an. Gerade nach dem Brexit-Entscheid sind die Zinssätze für Fix-Hypotheken auf neue Tiefststände gefallen. Für kürzere Laufzeiten

Weiterer Anstieg bei Vergabe von Hypothekarkrediten

<sup>9</sup> Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

werden sie teilweise für weniger als ein Prozent angeboten. Aufgrund der günstigen Konditionen für Schuldner ist nicht zu erwarten, dass es im weiteren Verlauf des Jahres zu einer Trendumkehr bei der Kreditvergabe kommen wird.

Die übrigen Forderungen gegenüber Kunden verzeichneten einen Rückgang von 2,5 Prozent. Die flüssigen Mittel sind um 3,8 Prozent und die Forderungen gegenüber Banken um 6,8 Prozent gestiegen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass Geschäftsbanken, die mehr Liquidität als die seit Januar 2015 geltenden Freibeträge halten, ihre überschüssige Liquidität gegen eine Gebühr auf Banken transferieren, die unter dem Freibetrag liegen.

## 4 Vermögensverwaltung

Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2015 insgesamt Vermögen in der Höhe von CHF 6'567,6 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr nahm das inländische Kundenvermögen um CHF 74,3 Mrd. (+2,3 %) zu, während das ausländische Kundenvermögen um CHF 162,5 Mrd. (-4,8 %) abnahm. Dies entspricht einer Reduktion des in der Schweiz verwalteten Vermögens um CHF 88,2 Mrd. (-1,3 %). Die Reduktion ist vorwiegend auf Währungseffekte zurückzuführen. Das verwaltete Vermögen setzt sich zusammen aus den Wertschriftenbeständen in Kundendepots, Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht sowie Treuhandverpflichtungen. Das ausländische Kundenvermögen liegt mit einem Anteil von 49,3 Prozent an den verwalteten Vermögen in der Schweiz unter dem Anteil aus dem Vorjahr mit 51,1 Prozent. Die Schweiz bleibt Weltmarktführerin im grenzüberschreitenden Private Banking: 25,0 Prozent des weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögens werden in der Schweiz verwaltet.

Verwaltete Vermögen im Wert von CHF 6'567,6 Mrd.

### Definition «verwaltete Vermögen»

Gemäss der FINMA zählen zu den verwalteten Vermögen alle Anlagewerte, für die Anlageberatungs- und/oder Vermögensverwaltungsdienstleistungen erbracht werden und nicht nur die Wertschriftenbestände. Zu den verwalteten Vermögen werden demzufolge die folgenden Positionen gezählt: Wertschriftenbestände in Kundendepots, Treuhandanlagen, Verpflichtungen aus Kundeneinlagen abzüglich der Sichteinlagen.<sup>10</sup>

### Definition «Treuhandgelder»

Treuhandgelder werden von der Bank in ihrem eigenen Namen, jedoch im Auftrag und auf Rechnung sowie Gefahr des Kunden getätigt oder gewährt. Treuhandgelder umfassen beispielsweise Transaktionen mit Krediten, Anlagen oder Beteiligungen.

Im Jahr 2015 nahmen die Wertschriftenbestände in Kundendepots gegenüber 2014 ab. Sie reduzierten sich um 1,0 Prozent auf CHF 5'587,9 Mrd. Eine Abnahme der Bestände war in den Wertschriftenkategorien Aktien (-0,8 %), Obligationen (-3,1 %) und strukturierte Produkte (-18,1 %) zu beobachten. Der Anteil der strukturierten Produkte an den Kundendepots liegt bei rund 3,5 Prozent. Die Kollektivanlagen verzeichneten hingegen eine Zunahme von 2,6 Prozent. Die Bestände in Euro reduzierten sich um 6,4 Prozent, die übrigen Anlagewährungen verzeichneten einen moderaten Anstieg. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht nahmen von CHF 895,8 Mrd. auf CHF 866,5 Mrd. ebenfalls ab (-3,3 %). Die Treuhandverpflichtungen, welche vor allem am Geldmarkt angelegt werden, nahmen wie schon in den Jahren zuvor ab und betrugen Ende 2015 noch CHF 185,6 Mrd. (-4,3 %). Grund dafür war das weiterhin tiefe Zinsniveau.

<sup>10</sup> Die für die SNB-Statistik massgebliche Erhebungsstufe für Wertschriftendepots und Treuhandanlagen umfasst die Filialen der Banken in der Schweiz, nicht jedoch die ausländischen Niederlassungen. Insofern repräsentieren die konsolidierten Zahlen den Bankenplatz Schweiz im engeren Sinne. Dies gilt jedoch nicht für die in der Bilanz ausgewiesenen Kundeneinlagen, bei denen auch die Niederlassungen im Ausland einbezogen werden. Dieser Unterschied wird jedoch bei der Berechnung ausser Acht gelassen.

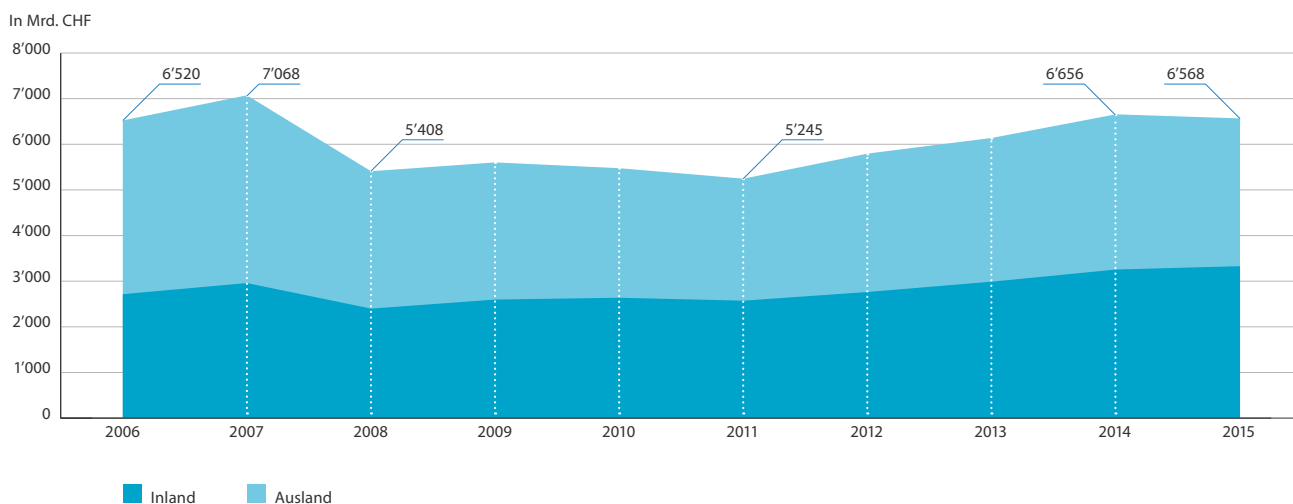
## 4.1 Entwicklungen im Jahr 2015

Die Höhe der von Banken in der Schweiz verwalteten Vermögen ist zwischen 2006 und 2015 beinahe unverändert geblieben (+CHF 47,2 Mrd., +0,7%). Bis kurz vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichneten die verwalteten Vermögen einen starken Anstieg und erreichten während der Börsenhausse 2007 mit CHF 7'068 Mrd. ihren Höhepunkt. Bei Ausbruch der Krise 2008 erlitten insbesondere die Wertschriftenbestände in Kundendepots der Banken aufgrund der stark gesunkenen Börsenindizes grosse Verluste. Innert Jahresfrist führte dies zu einem drastischen Rückgang der verwalteten Vermögen um 23,5 Prozent auf CHF 5'408 Mrd. Zwischen 2008 und 2011 blieben die verwalteten Vermögen konstant, seit 2011 werden wieder wachsende Bestände verzeichnet. Im Jahr 2015 verringerten sich die verwalteten Vermögen jedoch leicht um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Vermögensanteil von ausländischen Privatkunden nahm zwischen 2006 und 2015 von 58,1 Prozent auf 49,3 Prozent ab. Der Rückgang der Vermögensanteile von ausländischen Privatkunden ist hauptsächlich auf einen Währungseffekt zurückzuführen. Ausländische Privatkunden halten einen wesentlich höheren Anteil ihrer Vermögen in Euro und Dollar als inländische Privatkunden. Die Vermögensanteile werden auf Basis von Schweizer Franken berechnet. Wertet sich der Franken gegenüber anderen Währungen auf, sinkt automatisch das Vermögen der ausländischen Privatkunden in Relation zu den inländischen Privatkunden.

Geringer Rückgang der verwalteten Vermögen im Jahr 2015

Abb. 9

### In der Schweiz verwaltete Vermögen nach Herkunft der Kunden<sup>11</sup>



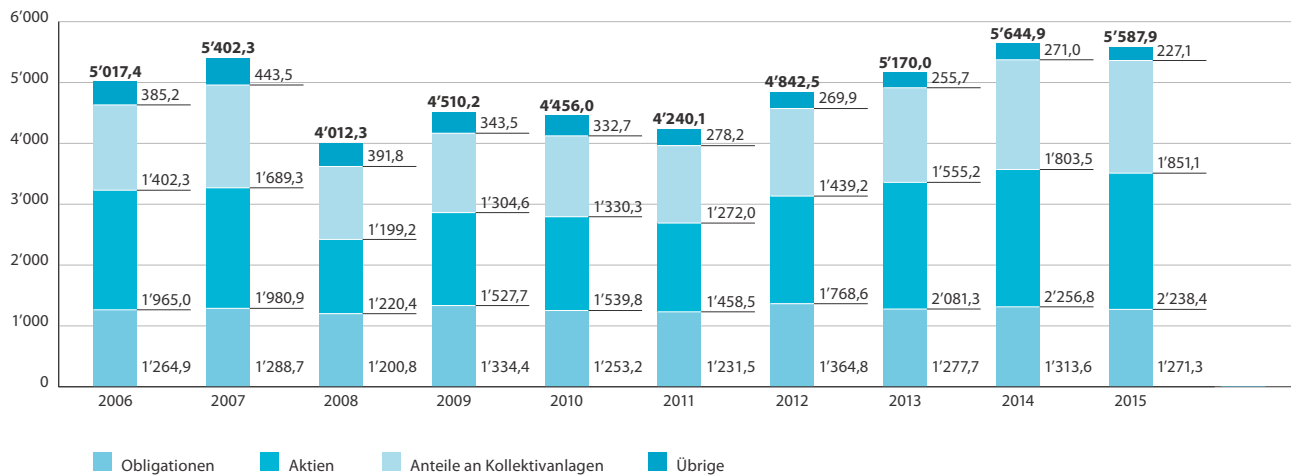
Die Wertschriftenbestände in Kundendepots nahmen 2015 um CHF 57,0 Mrd. auf CHF 5'587,9 Mrd. ab (-1,0%). Trotz des leichten Rückgangs befinden sich die Depotbestände immer noch über dem im Jahr 2007 erreichten Höchstwert vor Ausbruch der Finanzkrise (CHF 5'402,3 Mrd.). Die Abnahme ist mit der Aufhebung des Euromindestkurses und der aktuellen Frankenstärke zu erklären. Die in Euro gehaltenen Wertschriftenbestände haben von CHF 904 Mrd. im Jahr 2014 auf CHF 846 Mrd. im Jahr 2015 abgenommen. Die in Franken notierten Bestände haben im gleichen Zeitraum leicht zugenommen.

Leichte Abnahme der Wertschriftenbestände

<sup>11</sup> Per Berichtsmonat November 2015 führte die SNB erstmals Erhebungen durch, die auf den revidierten Rechnungslegungsvorschriften für Banken (RVB) der FINMA (RVB, FINMA-RS 15/01, vormals FINMA-RS 08/02) beruhen. Mit den RVB änderten sich Gliederung und Inhalt der Bilanzen und der Erfolgsrechnungen der Banken. Durch die Anpassungen werden die «verwalteten Vermögen» neu gebildet (vgl. Infobox zu Definition «verwaltete Vermögen» in Kapitel 4). Durch die Neubildung der Positionen für die Jahre 2006 bis 2014 kann es zu Abweichungen zu den bisher ausgewiesenen Werten kommen.

## Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Das Börsenjahr 2015 war überdurchschnittlich volatil und insgesamt leicht rückläufig. Die Aktienbestände in den Kundendepots der Banken reduzierten sich leicht gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent. Per Ende 2015 beliefen sich die Aktienbestände auf CHF 2'238,4 Mrd. Aktien stellten mit einem Anteil von rund 40,1 Prozent die bedeutendste Position der Wertschriftenbestände dar.

Leichte Abnahme der Aktienbestände

Die kollektiven Kapitalanlagen, hauptsächlich bestehend aus Anlagefonds, sind mit 33,1 Prozent die zweitgrösste Wertschriftenkategorie. Sie verzeichneten 2015 einen Anstieg um 2,6 Prozent auf CHF 1'851,1 Mrd. Die kollektiven Kapitalanlagen in Depots haben sich mit +8,9 beziehungsweise -3,7 Prozent bei in- und ausländischen Kunden gegensätzlich entwickelt.

Steigende Nachfrage nach kollektiven Kapitalanlagen bei inländischen Kunden

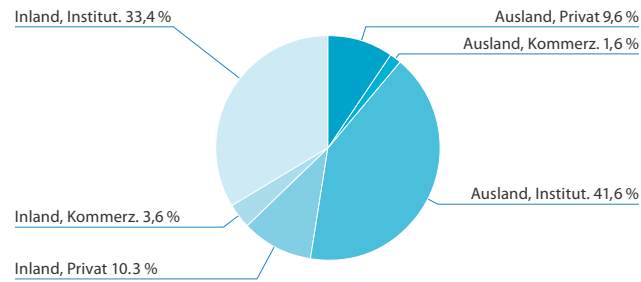
Nachdem die Bestände der Obligationen 2014 zugenommen hatten, verzeichneten sie 2015 wieder eine Abnahme. Insgesamt reduzierten sich die Obligationen von CHF 1'313,6 Mrd. auf 1'271,3 Mrd. (-3,2 %). Dabei sind Obligationenbestände der inländischen Kunden weniger stark zurückgegangen als die Bestände ausländischer Kunden (-2,8 % bzw. -3,7 %). Obligationen stellten mit einem Anteil von 22,8 Prozent die drittgrösste Anlageklasse in Kundendepots dar.

Abnahme der Obligationenbestände

Die institutionellen Kunden wiesen 2015 sowohl bei in- als auch bei ausländischen Kunden die grössten Depotbestände auf (33,4 % bzw. 41,6 % an den gesamten Depotbeständen). Sowohl ausländische wie auch inländische institutionelle Anleger haben seit 2011 ihre Depotbestände erhöht (+54,0 % bzw. +41,6 %). Darauf folgen in- und ausländische private Anleger mit fast identischen Anteilen (10,3 % bzw. 9,6 %). Während die Depotbestände bei den ausländischen Privatkunden um 62,5 Mrd. abgenommen haben (-10,5 %), haben die von inländischen Privatkunden von CHF 480 Mrd. auf CHF 573,2 Mrd. zugenommen (+19,5 %).

Institutionelle Kunden halten grösste Depotbestände

## Depotbestände nach Kunden Ende 2015



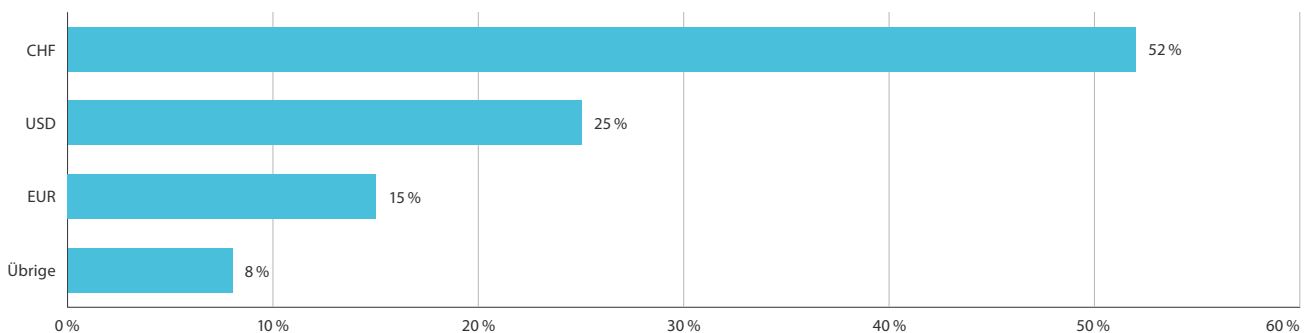
Quelle: SNB

Die Bedeutung des Euros als Anlagewährung hat 2015 weiter abgenommen. Der Anteil der Euro-Anlagen an den gesamten Wertschriftenbeständen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 15,0 Prozent. Im Jahr 2009 lag dieser Wert noch bei 25,0 Prozent. Depotbestände in US-Dollar liegen 2015 genau wie im Vorjahr bei einem Anteil von 25,0 Prozent. Die mit Abstand bedeutendste Anlagewährung ist mit 52,0 Prozent der Schweizer Franken. Die chinesische Währung Renminbi wurde im Oktober 2015 in den Währungskorb des Internationalen Währungsfonds aufgenommen. Damit kann davon ausgegangen werden, dass die Bedeutung des Renminbis zunimmt.

Tieferer Euro-Anteil in Depotbeständen

Abb. 12

## Depotbestände nach Währungen Ende 2015



Quelle: SNB

Per Ende 2015 beliefen sich die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform auf CHF 685,7 Mrd. Dies entspricht einem Wachstum von 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt 89,1 Prozent der Kundeneinlagen in Spar- und Anlageform stammten 2015 von inländischen Kunden. Zu diesen Geldern gehören unter anderem die Positionen Freizügigkeitskonten (2. Säule) und gebundene Vorsorge (3. Säule).

Wachsende Verpflichtungen in Spar- und Anlageform

Die von Banken in der Schweiz verwalteten Treuhandgelder verringerten sich 2015 um CHF 1,9 Mrd. auf CHF 113,2 Mrd. (-1,6 %). 2007 betrug die Treuhandgelder noch CHF 482,9 Mrd. und nahmen seitdem schrittweise ab. Durch das andauernde tiefe Zinsniveau haben die Treuhandgelder, welche meist in Geldmarktanlagen investiert werden, stark an Attraktivität eingebüsst.

Anhaltender Rückgang bei den Treuhandgeldern seit 2007

Der Schweizer Bankensektor konnte im Jahr 2015 von Zuflüssen von Treuhandgeldern aus aufstrebenden Volkswirtschaften profitieren (+4,1 %). Diese Zuflüsse halfen, einen Rückgang der verwalteten Privatvermögen aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (-3,3 %, hauptsächlich Westeuropa) und Offshore-Finanzzentren<sup>12</sup> (-1,6 %) zu kompensieren. Der Anteil der Treuhandgelder an den gesamten verwalteten Vermögen liegt unter zwei Prozent, der Rückgang der Treuhandgelder hat somit keinen entscheidenden Einfluss auf das Private Banking in der Schweiz. Laut der Boston Consulting Group bleibt der Schweizer Bankensektor mit 25,0 Prozent Anteil am weltweit grenzüberschreitenden Private Banking Weltmarktführer.<sup>13</sup>

Zuflüsse aus den aufstrebenden Volkswirtschaften

## 4.2 Entwicklungen im Jahr 2016

Per Ende Mai 2016 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 6'424,1 Mrd., was gegenüber Dezember 2015 einer leichten Abnahme von 1,3 Prozent entspricht (Dezember 2015: CHF 6'508,3 Mrd.).<sup>14</sup> Die Wertschriftenbestände haben um CHF 79,2 Mrd. von CHF 5'517,0 Mrd. auf CHF 5'437,8 Mrd. abgenommen (-1,4 %). Die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht haben sich um 0,5 Prozent auf CHF 872,4 Mrd. verringert. Die Treuhandverpflichtungen sind von CHF 114,7 Mrd. auf CHF 113,9 Mrd. gesunken (-0,7 %). Die Abnahme der verwalteten Vermögen kann zu einem grossen Teil auf einen Währungseffekt zurückgeführt werden. Da der Franken gegenüber dem Dollar sowie dem Euro im ersten Halbjahr 2016 leicht an Wert zugelegt hat, reduzierte sich der Wert der verwalteten Vermögen. Wie bereits in Kapitel 4.1 erläutert, wird ein grosser Teil der verwalteten Vermögen in ausländischen Währungen wie Euro oder Dollar gehalten, aber in Schweizer Franken ausgewiesen.

Leichte Abnahme der verwalteten Vermögen

Trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und der laufenden Aufarbeitung der Steuervergangenheit bleibt die Schweiz mit einem Marktanteil von 25,0 Prozent im globalen grenzüberschreitenden Private Banking mittelfristig Weltmarktführerin.<sup>15</sup> Zum jetzigen Zeitpunkt platzieren sich die aufstrebenden asiatischen Finanzzentren Hongkong und Singapur mit einem Marktanteil von zusammen 18,0 Prozent an den grenzüberschreitend verwalteten Vermögen hinter der Schweiz. Will sich die Schweiz auch zukünftig gegen die rasant wachsenden Finanzplätze aus Asien behaupten, soll das Schweizer Private Banking nebst den attraktiven Standortfaktoren auch Innovationen, wie beispielsweise im Bereich des digitalen Bankings, fördern.

Schweiz bleibt die Nummer eins im grenzüberschreitenden Private Banking

Der nachhaltige Anlagemarkt hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Laut Swiss Sustainable Finance<sup>16</sup> beträgt das Volumen für nachhaltige Geldanlagen im Jahr 2015 CHF 191,9 Mrd. Diese positive Entwicklung deutet an, dass das Thema bei verschiedenen Akteuren – vom Bund, über institutionelle Anleger bis hin zu Banken und Asset Managern – vermehrt in den Blickpunkt gerückt ist. Der Marktanteil von nachhaltigen Geldanlagen ist zwar bisher noch gering, verspricht aber ein grosses Entwicklungspotential. Der Finanzplatz Schweiz ist im internationalen Kontext bereits gut positioniert, um dieses Geschäftsfeld erfolgreich zu besetzen.

Ausblick und Herausforderungen

Die China Construction Bank (CCB) erhielt als erste chinesische Bank im Herbst 2015 eine Schweizer Banklizenz. Im Januar 2016 hat sie ihre erste Filiale in Zürich eröffnet. Dies unterstreicht die Rolle der Schweiz als privilegierten Partner für China. Langfristig besteht darin ein erhebliches Potential für den hiesigen Finanzplatz.

<sup>12</sup> Zu den Offshore-Finanzzentren gehören gemäss SNB (Bankenstatistisches Monatsheft März 2014) die folgenden Länder: Aruba, Bahamas, Bahrain, Barbados, Bermuda, Gibraltar, Guernsey, Hongkong, Insel Man, Jersey, Kaimaninseln, Libanon, Macau, Mauritius, Niederländische Antillen, Panama, Samoa, Singapur, Vanuatu, Westindien (GB).

<sup>13</sup> The Boston Consulting Group (2016).

<sup>14</sup> Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

<sup>15</sup> The Boston Consulting Group (2016).

<sup>16</sup> Swiss Sustainable Finance «Nachhaltige Geldanlagen in der Schweiz – Auszug aus dem Marktbericht Nachhaltige Geldanlagen 2016», Mai 2016.

Die Sicherung des EU-Marktzugangs bleibt unerlässlich; er ist weder politisch noch materiell einfach zu erreichen. Noch ist offen, ob sich durch den Entscheid der Briten, die EU zu verlassen, die Bedingungen hierfür verändern werden. Nur soviel ist klar: Es wird ein weiteres europäisches Land geben, das als künftiger Drittstaat den EU-Marktzugang verhandeln muss. Grossbritannien wird dies aus einer anderen Ausgangslage und mit einem anderen Selbstverständnis tun als die Schweiz. Gleichwohl können daraus neue Optionen erwachsen, von denen auch der Finanzplatz Schweiz profitieren könnte.



## 5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

In Vollzeitäquivalenten betrug der inländische Personalbestand der Banken in der Schweiz im Jahr 2015 103'041 Mitarbeitende. Dies entspricht summiert über alle Banken einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 1'012 Stellen. Dabei zeichnet sich ein uneinheitliches Bild: Kantonalbanken, Raiffeisenbanken, Privatbankiers und die übrigen Banken («Andere Banken» und Börsenbanken) haben im Jahr 2015 insgesamt 1'432 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Auslandbanken, Grossbanken sowie die Regionalbanken und Sparkassen haben hingegen 2'444 Stellen abgebaut. Bezüglich der Zahl der Arbeitslosen weist die Bankenbranche mit einer Quote von 2,5 Prozent im Jahr 2015 wie schon in den Vorjahren eine vergleichsweise deutlich geringere Arbeitslosigkeit auf als die Gesamtwirtschaft mit 3,3 Prozent. Trotz des Personalabbaus im ersten Halbjahr 2016 rechnen gemäss der jährlich durchgeführten Umfrage der SBVg gut zwei Drittel der befragten Banken für das zweite Halbjahr 2016 mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenlage. Der Anteil der Unternehmen, die mit einem Personalabbau rechnen, hat sich leicht von 11,0 Prozent auf 11,7 Prozent erhöht, was aber immer noch deutlich unter den Werten der Jahre 2012 bis 2014 liegt.

Der Trend zur Konsolidierung im Bankensektor hält schon lange an. So führen das anhaltend niedrige Zinsumfeld und der starke Wettbewerb zu grossem Margendruck. Dieser wird zusätzlich verstärkt durch Kostensteigerungen aufgrund Regulierungen in Sachen Eigenkapital oder Steuertransparenz. Die Reduktion der Anzahl Arbeitsplätze durch die Realisierungen von Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsmassnahmen ist somit ein Dauerthema.

Fortschreitender  
Strukturwandel

Zudem passen sich die erforderlichen Qualifikationen der Bankangestellten laufend den durch die Anforderungen der Regulierungen und der Digitalisierung bedingten Entwicklungen an.

### 5.1 Entwicklungen im Jahr 2015

Im Jahr 2015 beschäftigten die Banken im Inland 103'041 Personen (Vollzeitäquivalente). Die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und strukturellen Anpassungen der Bankenlandschaft mit einer Reduktion um acht Institute und einer Fusion wirkten sich auch auf die Beschäftigungszahl aus. Diese nahm im Vergleich zum Vorjahr moderat ab (-1,0%). Betrachtet man die Auswertung der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), so ging die Erwerbstätigkeit eher bei den jüngeren Mitarbeitenden (25 bis 39 Jahre) zurück. Dies dürfte neben geleisteten Restrukturierungskosten mit ein Grund sein, dass die Löhne und Gehälter im Inland zugenommen haben (um +CHF 1,2 Mrd. auf CHF 17,1 Mrd.). Über einen längeren Zeitraum betrachtet, präsentiert sich die Beschäftigungszahl im Bankensektor stabil.

Moderate  
Beschäftigungsabnahme

Der stärkste Zuwachs erfolgte in der Gruppe «Andere Banken» und Börsenbanken mit kumuliert 807 Stellen (+4,1%). In die Kategorie «Andere Banken» fällt die PostFinance AG, welche laut Geschäftsbericht ihren Personalbestand um 3,4 Prozent (117 Stellen) ausbaute. Die Raiffeisenbanken schufen 2015 401 Stellen (+4,8%), und die Kantonalbanken 210 Stellen (+1,2%). Bei den Privatbankiers wuchs der Personalbestand um 14 Stellen (+2,3%).

Personalausbau bei «Andere  
Banken», Börsenbanken und  
Raiffeisenbanken

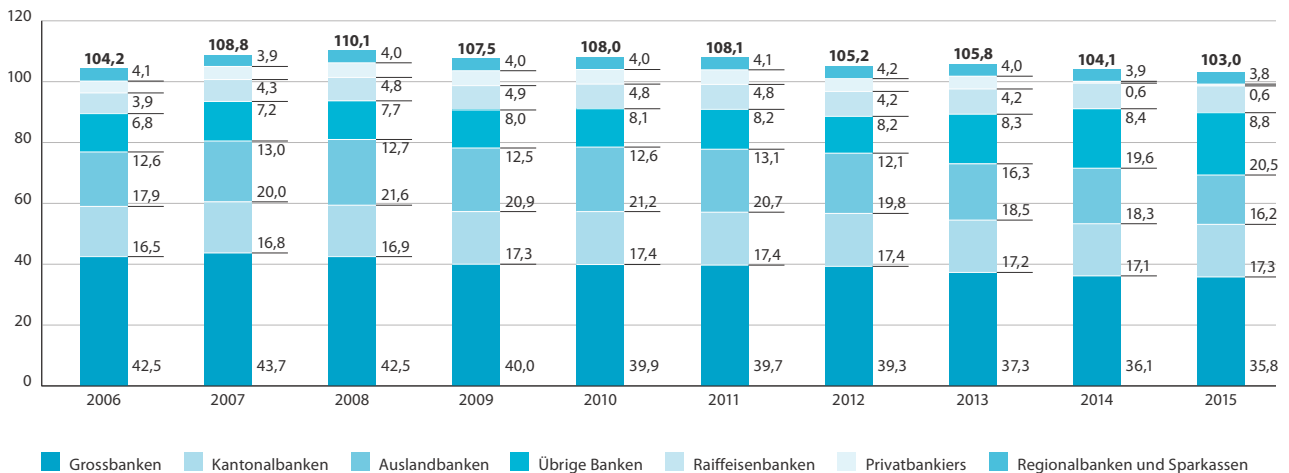
Den grössten Teil zum Personalrückgang trugen die Auslandsbanken mit einer Stellenreduktion von 2'036 beziehungsweise 11,2 Prozent ihres Personalbestands bei. Die Grossbanken zählten 305 Stellen (-0,8 %) und die Regionalbanken und Sparkassen 102 Stellen (-2,6 %) weniger. Insbesondere der seit Jahren zu beobachtende rückläufige Trend bei den Auslandsbanken kann auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden: Zu nennen sind beispielsweise eine neue strategische Ausrichtung des Mutterhauses im Ausland, finanzielle Schwierigkeiten des Mutterhauses oder das Fehlen der kritischen Masse in der Schweiz.

Auslandsbanken bauen am stärksten Personal ab

Abb. 13

## Personalbestand bei den Banken in der Schweiz (Inland)

in Tsd. Vollzeitäquivalenten



Quelle: SNB

Per Ende 2015 beschäftigten Schweizer Banken im Inland 38'345 Frauen (Vollzeitäquivalent). Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden blieb im Jahr 2015 gegenüber 2014 konstant bei 37,2 Prozent. Den höchsten Anteil wiesen wie bereits in den Vorjahren die Regionalbanken und Sparkassen mit 45,9 Prozent und die Raiffeisenbanken mit 45,6 Prozent aus.

Anteil der weiblichen Mitarbeitenden unverändert

Im Jahr 2015 betrug die Arbeitslosenrate im Schweizer Bankensektor gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) durchschnittlich 2,5 Prozent. Sie lag somit mehr als einen halben Prozentpunkt unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft von 3,3 Prozent. Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 2015 3'666 registrierte Arbeitslose im Bankensektor zu verzeichnen, was einer Reduktion um 229 Arbeitslose im Vergleich zum Jahr 2014 entspricht.<sup>17</sup> Die Arbeitslosenquote im Bankensektor hat somit um 5,9 Prozent abgenommen, während die Anzahl der registrierten Arbeitslosen auf Ebene der Schweizer Volkswirtschaft laut SECO um 4,4 Prozent zugenommen hat.

Im Vergleich tiefere Arbeitslosenrate im Bankensektor

<sup>17</sup> SECO (2016).

## 5.2 Entwicklungen im Jahr 2016

Die jährlich von der SBVg durchgeführte Umfrage zur Personalentwicklung bei den Banken zeigt für das erste Halbjahr 2016 einen deutlichen Rückgang der Beschäftigung in der Schweiz. Sie reduzierte sich zwischen Ende 2015 und Juni 2016 um 3'454 Stellen (-4,1%). Von den antwortenden Banken wurden 3'558 Zugänge und 7'012 Abgänge gemeldet.

Deutlich abnehmender Personalbestand im ersten Halbjahr 2016

Abb. 14

### Personalbestand im Inland<sup>18</sup>

In Vollzeitäquivalenten	Stand am 31. Dez. 2015	Stand am 30. Juni 2016	Entwicklung im ersten Halbjahr 2016			
			Zugänge	Abgänge	Netto	In %
Inland	87'083	83'629	3'558	7'012	-3'454	-4,1 %

Anmerkung:  
Anzahl Antworten: 162

Quelle: Beschäftigungsumfrage SBVg 2016

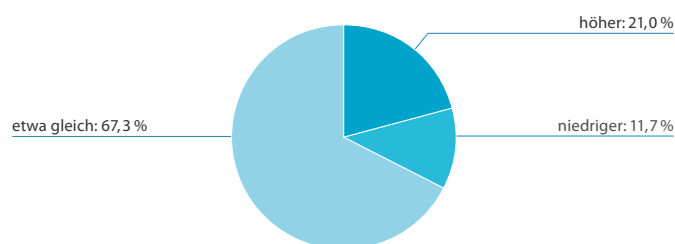
Bei den Beschäftigten im Ausland verlief die Entwicklung jedoch gerade umgekehrt. Hier erfolgte durch die Banken ein Aufbau der Beschäftigtenzahl um über 9'900 und ein Abbau von etwas über 3'200 Angestellten. Netto erhöhte sich somit der Personalbestand der befragten Banken im Ausland um über 6'700 Personen.

Für das zweite Halbjahr 2016 erwarten 67,3 Prozent der antwortenden Banken eine unveränderte Beschäftigung, was gegenüber der Vorjahresumfrage einem Rückgang von 2,5 Prozentpunkten entspricht. 21,0 Prozent der Umfrageteilnehmer erwarten einen höheren und 11,7 Prozent einen tieferen inländischen Personalbestand. Da die Umfrageteilnehmer, welche eine unveränderte oder höhere Beschäftigung erwarten, 74,9 Prozent des gesamten Personalbestandes darstellen, wird von einem mindestens gleichbleibenden Beschäftigungssaldo in der zweiten Hälfte 2016 ausgegangen.

Gleichbleibende Beschäftigungstendenz

Abb. 15

### Erwartete Beschäftigungsentwicklung zweites Halbjahr 2016



Anmerkung:  
Anzahl Antworten: 162  
Anteile in Prozent aller Antworten.

Quelle: Umfrage SBVg 2016

In den vergangenen Umfragen zur Beschäftigungsentwicklung dominierte jeweils die Kategorie «etwa gleich». Seit 2013 sinkt aber die Erwartung einer tieferen Beschäftigung, während diejenige einer höheren Beschäftigung leicht zunimmt. Im vergangenen Jahr hat sich dieser Trend bei der Einschätzung der höheren Beschäftigung fortgesetzt. Auf der anderen Seite hat sich

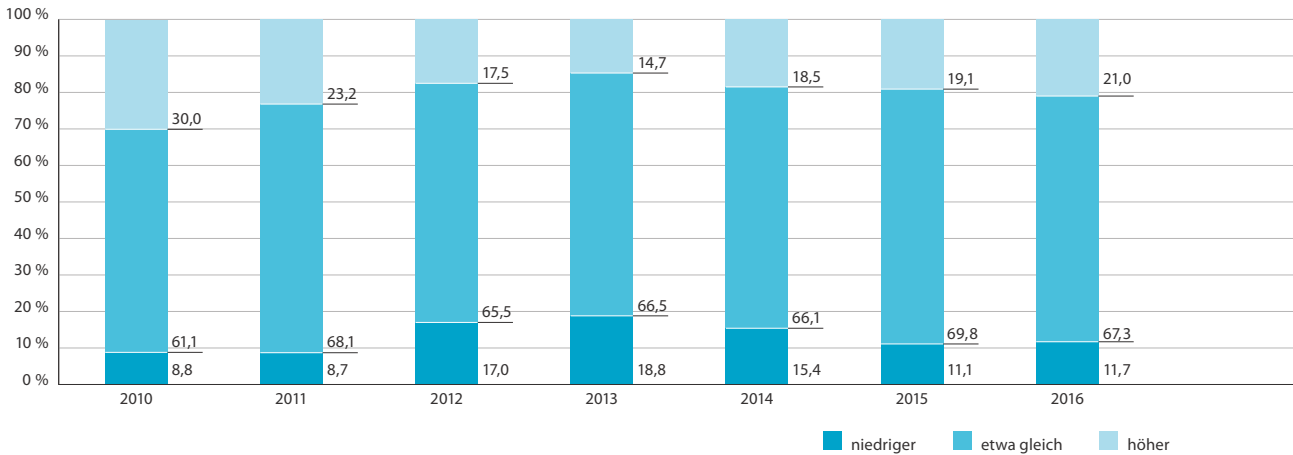
Weiterhin geringer Anteil der Erwartung niedriger Beschäftigung

<sup>18</sup> Der Personalbestand per Ende 2015 fiel in der Umfrage der SBVg tiefer aus als in der Statistik der SNB angegeben. Der Grund für diese Differenz liegt in der Rücklaufquote der SBVg-Umfrage. Die Umfrage wurde bei 230 Banken in der Schweiz durchgeführt. Die Rücklaufquote der Befragung lag bei 70,4 Prozent, welche 84,5 Prozent des Personalbestands von Banken in der Schweiz repräsentieren.

der Anteil der Banken, welche die Entwicklung pessimistischer einschätzen, im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Mit einem Anteil von 11,7 Prozent liegt dieser Wert aber immer noch deutlich unter den entsprechenden Anteilen der Jahre 2012 bis 2014. Grundsätzlich sind die Einschätzungen über die letzten Jahre eher konstant geblieben.

Abb. 16

## Umfrageergebnisse zur Beschäftigungserwartung für das zweite Halbjahr 2016



Anmerkungen:  
Anzahl Antworten: 162; Anteile in Prozent aller Antworten.

Quelle: Umfrage SBVg 2016

Die Unterschiede zwischen den Erwartungen zur Beschäftigungsentwicklung in den verschiedenen Geschäftsbereichen sind gering. So dominiert bei allen Geschäftsfeldern die Erwartung einer gleichbleibenden Entwicklung. Einige Umfrageteilnehmer tendieren insbesondere im institutionellen Asset Management und im Handelsgeschäft zu einer leichten Personalerhöhung und rechnen mit keinem Beschäftigungsabbau. Auf der anderen Seite halten sich die Erwartungen zu Personalabbau und -aufbau beim Retail Banking in etwa die Waage. Beim Private Banking und insbesondere bei der Logistik finden sich nur wenige Umfrageteilnehmer, welche mit einem Rückgang der Beschäftigten rechnen. Der überwiegende Anteil der Antworten tendiert zu einer gleichbleibenden Beschäftigung.

Gleichbleibende Beschäftigung in fast allen Geschäftsbereichen

Abb. 17

## Tendenz der Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2016



Anmerkung:  
Je nach Geschäftsfeld beträgt die Anzahl Antworten zwischen 79 und 101. Beim Total sind es 162. Da der Rücklauf für das «Total» weitaus höher liegt als bei den einzelnen Geschäftsfeldern, ist die Aussagekraft für «Total» am stärksten. Die Tendenzen ergeben sich aus den mit der Beschäftigung im Inland per Juni 2016 gewichteten Antworten.

Quelle: Umfrage SBVg 2016

Im ersten Halbjahr 2016 hat sich die Arbeitslosenrate im Bankensektor leicht von 2,5 Prozent im Dezember 2015 auf 2,7 Prozent im Juni 2016 erhöht. Damit lag die Arbeitslosenquote immer noch unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 3,1 Prozent im Juni, wenngleich diese seit Dezember 2015 abgenommen hat.

Leicht erhöhte Arbeitslosenrate im Bankensektor

## 6 Literaturverzeichnis

### BAK Basel Economics (BAKBASEL)

«Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors», Studie im Auftrag der Schweizerischen Bankiervereinigung SBVg und des Schweizerischen Versicherungsverbands SVV, Oktober 2015

### Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

### Schweizerische Nationalbank (SNB)

«Die Banken in der Schweiz 2015»

«Statistisches Monatsheft», diverse Ausgaben

«Bankenstatistisches Monatsheft», diverse Ausgaben

«Online Datenbank», Stand Juli 2016

### Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

«Die Lage auf dem Arbeitsmarkt», Diverse Ausgaben

### Swiss Sustainable Finance

«Nachhaltige Geldanlagen in der Schweiz – Auszug aus dem Marktbericht Nachhaltige Geldanlagen 2016», Mai 2016.

### The Boston Consulting Group (BCG)

«Global Wealth 2015: Winning the growth game», Juni 2016

### Z/Yen Group Limited

«The Global Financial Centres Index (GFCI) 19», März 2016

• Schweizerische Bankiervereinigung

Aeschenplatz 7

Postfach 4182

CH-4002 Basel

T +41 61 295 93 93

F +41 61 272 53 82

[office@sba.ch](mailto:office@sba.ch)

[www.swissbanking.org](http://www.swissbanking.org)

[twitter.com/SwissBankingSBA](https://twitter.com/SwissBankingSBA)

[www.facebook.com/SwissBanking](https://www.facebook.com/SwissBanking)

[www.swissbanking.org/home/blog](http://www.swissbanking.org/home/blog)